

Rezensionen

John F. Haldon (Ed.), *Money, Power and Politics in Early Islamic Syria. A Review of Current Debates*. Ashgate, Farnham 2010, 210 S., £ 55,-.

Die frühe islamische Geschichte der Region Großsyrien (bilâd ash-shâm; vgl. S. 182, Anm. 1) ist seit einigen Jahren Gegenstand wissenschaftlicher Auseinandersetzungen, die sich um die Frage drehen, ob die Herausbildung und Ausbreitung der islamischen Religion als eigenständiges Phänomen beschrieben werden kann oder vielmehr lediglich eine neue Variante christlicher Anschauungen zum Ausdruck bringt. Einige Vertreter der westlichen Orientalistik – in diesem Zusammenhang auch als Revisionisten bezeichnet – interpretieren die bislang vorliegenden, zugegebenermaßen lückenhaften Quellen aus jener Zeit in letzterer Weise.¹ Es ist daher von großer Bedeutung für die Wissenschaft, dass sich Spezialisten unterschiedlicher Bereiche – Historiker, Religionswissenschaftler, Arabisten, Numismatiker und Archäologen – dem Gegenstand der frühen islamischen Geschichte interdisziplinär widmen, um vereinfachte und einseitige Darstellungen zu korrigieren. Ein diesbezüglicher Workshop an der Princeton University im Mai 2007 bildet die Grundlage für die insgesamt neun Beiträge dieses Bandes.

Zunächst erläutert der Herausgeber John F. Haldon (Princeton University) in seiner Einführung einige allgemeine Hintergründe Großsyriens im 7. Jahrhundert n. Chr. (S. 1-20). Er erkennt eine regionale Vielfalt und verweist auf eine Kontinuität in der Verwaltung sowie im Verhältnis zwischen Stadt und Land, obgleich die militärischen und zivilen Strukturen in der Zeit der persischen Herrschaft zwischen 614 und 629 kaum bekannt seien (S. 3). Die Muslime hätten die Städte zu Zentren ihrer

Administration entwickelt (S. 10). Eine umfangreiche Bibliografie der verfügbaren Sekundärliteratur in englischer Sprache (S. 14-20) beschließt diese Einführung.

Mit dem Verhältnis von Münzwesen und Ökonomie im 7. und 8. Jahrhundert in Syrien und Palästina beschäftigt sich der erste Beitrag von Alan Walmsley (Kopenhagen; S. 21-44). Zahlreiche Münzstätten seien unter islamischer Herrschaft entstanden. Das 7. Jahrhundert insgesamt stelle den Höhepunkt der Münzprägung in Großsyrien dar (S. 25), wobei erst in den Neunzigerjahren des 7. Jahrhunderts ein unmittelbarer Bezug zur islamischen Herrschaft der umayyadischen Kalifen auf den Münzen erkennbar sei (S. 26). Walmsley bestätigt damit die These, die Stefan Heidemann als ‚Konservatismus in der Gestaltung von Geld‘ benennt.² Leider sind die Forschungen von Heidemann nicht in die Beiträge dieses Bandes eingeflossen.

R. Stephen Humphreys (Santa Barbara) untersucht die christlichen Gemeinschaften in Großsyrien und ihre Anpassung an neue politisch-soziale Verhältnisse unter den Umayyaden (S. 45-56). Er konstatiert vier wesentliche Punkte in dieser Analyse: (1.) Die Islamisierung christlicher Beduinen, (2.) die gelegentliche Konfiszierung christlichen Eigentums, (3.) eine strenge Steuerpolitik seit den Marwaniden (reg. 683-750) unter Ausschluss eigener Steuereinkünfte der Bischöfe sowie (4.) das Verbot der Errichtung neuer Kirchen und Klöster (S. 49-53). Von einer systematischen Verfolgung von Christen könne aber nicht die Rede sein (S. 54). Über den Übertritt von christlichen Eliten zum Islam sei wenig bekannt (S. 55), eine Fragestellung, die Hugh Kennedy aufgreift.³ In diesem sowie im folgenden Beitrag von Arietta Papaconstantinou (Oxford) zur Verwaltung des frühen islamischen Reiches anhand der Auswertung von Papyri (S. 57-74) ist die Umschrift für den Kalifen Mu'âwiya an einigen Stellen (zum Beispiel S. 45, S. 59) inkorrekt. Papaconstan-

1 Vgl. dazu unter anderem die Beiträge in Karl-Heinz Ohlig / Gerd-R. Puin (Hrsg.), *Die dunklen Anfänge. Neue Forschungen zur Entstehung und frühen Geschichte des Islam*. Berlin 2005.

2 Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 28. Februar 2007.

3 Siehe unten.

tinou geht der Problematik nach, ob die von Harold I. Bell aufgestellte These, wonach die Araber den Staatsapparat in den eroberten Gebieten übernommen hätten, tatsächlich aufgrund neuerer Forschungen aufrechtzuerhalten sei. Die Autorin bezieht sich insbesondere auf die *jizya*, die Kopfsteuer, die wohl schon vor der Zeit 'Abd al-Maliks (reg. 685-705) auferlegt worden wäre, aber sich erst in der Zeit der Abbasiden als reguläre Steuer herausgeprägt habe (S. 64). Sie schlussfolgert, dass die Aussage Bells lediglich für die marwanidische Zeit Gültigkeit besitze (S. 70). Es sei nicht nur zwischen muslimischen Verwaltern und christlichen Subjekten, sondern auch – unabhängig von der religiösen Zugehörigkeit – zwischen zentralen und lokalen Strukturen zu unterscheiden (S. 72).

Clive Foss (Washington, D.C.) stellt das Staatswesen unter Mu'awiya im Osten (Irak, Iran), in Syrien und in Ägypten in den Mittelpunkt der Untersuchungen (S. 75-96). Im Kern geht es um die Fragestellung, ob von einem Zentralstaat oder von einer Stammesföderation auszugehen sei (S. 75). Bei der Beurteilung der Situation im Osten (S. 76-82) stützt er sich insbesondere auf die Geschichtsschreibung von at-Tabarī (gest. 923) und weist nach, dass die übernommenen sasanidischen Verwaltungsstrukturen keineswegs unabhängig von Damaskus wirkten, was sich auch in den Münzprägungen dieser Region widerspiegeln würde (vgl. S. 81 f.). Die unterschiedliche Schreibweise von ‚sasanidisch‘ in einzelnen Beiträgen (‚sasanid‘, ‚sasanian‘, ‚sassanian‘, ‚sāsānid‘; S. 3, 12, 78, 99) irritiert. In Bezug auf Syrien (S. 82-86) lägen kaum Quellen über innere Prozesse vor. Die Verwaltung sei durch die Weiterführung bestehender Verhältnisse, aber auch durch die Übernahme von Praktiken aus dem Irak sowie durch partielle Innovationen (zum Beispiel bei Provinzgrenzen) gekennzeichnet (S. 83). Für Ägypten (S. 86-91) könne aus Papyrusdokumenten auf die Bewahrung eigener Traditionen unter Einbeziehung neuer (zentraler) Elemente geschlossen werden (vgl. S. 87). Insgesamt stützen die Aussagen von Foss die Theorie von Fred Donner hinsichtlich einer zentralen Kontrol-

le des Kalifenreiches, welche bereits unter Mu'awiya eingeleitet worden sei (S. 94).

Die beiden folgenden Beiträge konzentrieren sich auf das Münzwesen. Gene W. Heck (University of Maryland) analysiert die Botschaft der frühen Münzen im islamischen Kalifat und ihre bisweilen fehlgedeutete Rolle für die Historiografie (S. 97-123). Dabei unterstreicht er zunächst die Bedeutung von ungemünzten Edelmetallen für die Expansion des islamischen Reiches (vgl. S. 101-107). Unter dem Kalifen 'Umar (gest. 644) habe es bereits Versuche der Vereinheitlichung des Münzwesens gegeben (S. 111), dennoch könne insgesamt von der Aufrechterhaltung der bislang existierenden Finanzsysteme (byzantinisch, sasanidisch) ausgegangen werden (S. 109). Solche (fremden) Münzen seien von den Muslimen nachgestaltet worden (S. 114). Insgesamt sei den frühen Kalifen die Bedeutung finanzpolitischer Instrumente durchaus bewusst gewesen. Dies könne aus islamischen Quellen geschlossen werden (S. 117). Lutz Ilisch (Tübingen) behandelt die Münzreform 'Abd al-Maliks unter besonderer Beachtung des Kupfergeldes (S. 125-146), welches wegen des fehlenden Materialwertes nicht für langfristige Zahlungen genutzt werden konnte. Der Autor kritisiert die bislang kaum beachtete Rolle des Kupfergeldes in der Münz- und Verwaltungsgeschichte des Kalifats (S. 130). Er fordert eine chronologische Aufarbeitung der Kupfermünzen und demonstriert dies an Beispielen aus dem Münzkabinett der Tübinger Universität.

Der Beitrag von Jodi Magness (University of North Carolina) wendet sich der Baugeschichte in Jerusalem und Hamath Gader (im Jarmuktal; an anderer Stelle Hamath Gader S. 83) zu (S. 147-163). Die umayyadische Bebauung im Süden und im Südwesten des Tempelberges sowie die Badeanlagen in Hamath Gader seien entgegen bisheriger Theorien (Benjamin Mazar, Meir Ben-Dov, Yizhar Hirschfeld) möglicherweise bis zum Erdbeben im Jahre 1033 – also bis in die abbasidische Zeit hinein – in Benutzung gewesen. Die Funde umayyadischer Münzen könnten zu einer Fehleinschätzung führen: Auch unter den

Abbasiden seien diese in Gebrauch gewesen, ein Hinweis auf den konservativen Charakter von Münzen (vgl. S. 161 f.).

Jairus Banaji (London) arbeitet heraus, inwieweit das spätantike Erbe die ökonomische Expansion der Umayyaden und Abbasiden beeinflusst hat (S. 165-179). Er entwirft dabei ein komplexes Bild aus der Übernahme monetärer Strukturen einerseits und einer intensiven (vorkapitalistischen) Investitionstätigkeit andererseits. Islamische Rechtsfiguren wie die *mudâra* (*commenda*) oder der Werkvertrag (*istisnâ'*) begünstigten den raschen wirtschaftlichen Fortschritt (vgl. S. 174 f.).

Abschließend untersucht Hugh Kennedy (London) die Frage von Kontinuität und Wechsel in Bezug auf die vorislamische und die frühislamische Elite in Syrien (S. 181-200). Dieser Beitrag verdeutlicht, dass durch das *maulâ*-Konzept, ein Schutzverhältnis zu einem Nichtmuslim (S. 193), bestimmte Christen zu einflussreichen Personen im Umayyadenkalifat werden konnten. Als Beispiel hierfür wird *Sarjûn b. Mansûr al-Rûmî* genannt, der auch im Aufsatz von Foss Erwähnung findet (S. 83). Andererseits seien ehemalige Vertreter der christlichen Elite auch getötet oder ins Exil getrieben worden. Hugh Kennedy verweist auf die christlichen arabischen Stämme in Syrien, die nach der arabisch-islamischen Eroberung zur tatsächlichen Elite avancierten (S. 194-195).

Alles in allem vermag der hier zu besprechende Band aufgrund der ebenso detaillierten wie methodisch überzeugenden Studien unsere Kenntnisse zur frühislamischen Zeit in Großsyrien zu bereichern. Der interdisziplinäre Ansatz sowie die Bezugnahme auf Primärquellen unterschiedlicher Art (Schriften, Papyri, Münzen) und archäologische Funde ermöglichen eine vertiefte Einsicht in die historischen Prozesse jener Zeit und widerlegen vereinfachte Übernahmetheorien, die nicht selten politikgesteuert sind.

Leipzig

Hans-Georg Ebert

(Prof. Dr. Hans-Georg Ebert, Universität Leipzig, Orientalisches Institut, Schillerstraße 6, D-04109 Leipzig)

Katrin Liebner, *Wucher und Staat. Die Theorie des Zinswuchers im Deutschland des 18. und 19. Jahrhunderts* (Schriften zur Rechtsgeschichte 144). Duncker & Humblot, Berlin 2010, 372 S., € 74,-.

(1.) Schwerlich bleibe ein Kaufmann frei von Schuld, und der Geschäftsmann werde sich nicht von Sünde rein halten, stellt zu Beginn des 2. Jahrhunderts v. Chr. der Schriftgelehrte Jesus Sirach in seiner Sprüchesammlung fest.¹ Wiederholt begegnet in Altem und Neuem Testament die Ermahnung, dem Kreditsuchenden Geld nur unverzinslich zu leihen.² Allerdings gilt das Zinsverbot nur unter den Mitgliedern des eigenen Volkes; vom Fremden darf man Zins nehmen.³ Das römische Recht, in der ihm von Justinian in der ersten Hälfte des 6. Jahrhunderts verliehenen Gestalt, ermöglichte es, jedem Geschäft, insbesondere auch dem Darlehen (*mutuum*), eine Verzinsungsabrede (Zinsstipulation) beizugesellen. Die Zinsen (*usurae*) waren allerdings begrenzt: Die Summe aller gezahlten Zinsen konnte nicht den Kapitalbetrag übertreffen, und Zinsen waren nicht ihrerseits verzinslich.⁴ Außerdem durfte man gewisse Zinssätze nicht übersteigen.⁵

Das kanonische Recht setzte das biblische Zinsverbot fort⁶ und drohte dem zuwiderhan-

1 Jesus Sirach 26.29.

2 Exodus 22.24; Deuteronomium 23.20 f.; Ezechiel 18.8, 18.13, 18.17; Lukas 6.34 f. (in der Bergpredigt).

3 Deuteronomium 23.21.

4 Ulpian, *Digesten* 12.6.26.1.

5 Justinian, *Codex* 4.32.26.2.

6 Um 1140 *Decretum Gratiani* 2.14.4. Zur vorausgehenden Entwicklung des kirchenrechtlichen Zinsverbotes Harald Siems, *Handel und Wucher im Spiegel frühmittelalterlicher Rechtsquellen*. Hannover 1992, S. 500 ff.; ferner Christoph Becker, *Usury*, in: *Encyclopedia of Legal History*, Vol. 6. New York 2009, S. 70 ff.; Hans-Jürgen Becker, *Zinsverbot*, in: *Handwörterbuch zur deutschen Rechtsgeschichte*, Bd. V. Berlin 1998, Sp. 1719 ff.; Herbert Frost, *Kanonisches Zinsverbot*, in: *Evangelisches Kirchenlexikon*, Bd. 2. Göttingen 1989, Sp. 934 f.; Peter Landau, *Zins*, in: *Handwörterbuch zur deutschen Rechtsgeschichte*, Bd. V. Berlin 1998, Sp. 1707 ff.; Rolf Sprandel, *Zins*. I. *Wirtschaftsgeschich-*

delnden, unmittelbar oder mittelbar verzinsliche Darlehensgeschäfte treibenden Klerikern den Entzug ihres Amtes an.⁷ Thomas von Aquin verglich die zum Ausgeben bestimmte Darlehenssumme mit einer zum Verbrauch dargeliehenen Sache (zu trinkender Wein, zu essender Weizen). So wie der Leihnehmer für die verbrauchten Sachen nur in gleicher Menge Erstattung schuldet, so darf man vom Gelddarlehensnehmer nicht mehr Geld zurückfordern, als man ihm gab. Wer allerdings eine Sache zur nicht verbrauchenden Nutzung überlässt, darf neben der Rückgabe eine Vergütung für die Benutzung verlangen. Und das gilt auch für darlehensweise aufgenommenes Geld, welches der Darlehensnehmer beispielsweise als Ausstellungsobjekt gebrauchen oder anderwärts als Pfand hinterlegen will.⁸ Je nach den Umständen kann also die Verzinsung statthaft sein, ist es aber im Regelfalle nicht.

Die im Grundsatz vom justinianischen römischen Recht (dieses in seinem von der mittelalterlichen Rechtswissenschaft durchdrungenen Verständnis europaweit rezipiert) beherrschte weltliche Gerichtsbarkeit übernahm das kanonische Zinsverbot. Die gegen Verzinslichkeit sprechende Überlegung, dass Zins Bezahlung von Zeit sei und Zeit unkäuflich,⁹ lässt sich nicht auf das kirchliche Recht beschränken. Gleichwohl kannten Mittelalter und Frühe Neuzeit zahllose Sonderregelungen über erlaubtes Zinsnehmen bis zu einer gewissen Höhe, einschließlich Bestimmungen für jüdische Geldverleiher.¹⁰ Hinzu traten zahllose Umgehungsstrukturen,

welche im wirtschaftlichen Ergebnis einem verzinslichen Kredit entsprachen (zum Beispiel Kauf mit Wiederkauf, Rentengeschäfte, Beteiligungsgeschäfte). Kirchenrecht¹¹ und weltliche Rechtsordnungen versuchten diese Umgehungen zwar in engen Schranken zu halten. Doch entwickeln nach jahrhundertelanger kontroverser rechtswissenschaftlicher Diskussion die Kodifikationen seit dem 18. Jahrhundert eine größere Liberalität und lösen sich von festen Grenzen für das Zinsnehmen. Die deutsche Bezeichnung ‚Wucher‘ ist daher über die Zeit hinweg betrachtet ambivalent. Zum einen ist sie das wertungsneutrale Synonym für Zins, zum anderen klingt in ihm das Unerlaubte an. Daher konnte sich der Begriff ‚Wucher‘ zur Moderne in Richtung des übertriebenen, rechtswidrigen, sittenwidrigen, strafbaren Vorteils entwickeln. Dem heutigen Sprachgebrauch ist die Identifizierung des Wuchers mit dem Zins an sich sogar fremd geworden. Nur der überhöhte Zins wird heute – ebenso wie beispielsweise der überhöhte (oder der extrem unteretzte) Kaufpreis – als Wucher bezeichnet.

(2.) Das hier besprochene Buch Katrin Liebners entstand als rechtswissenschaftliche Dissertation an der Universität Bayreuth, der Rechts- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät dort vorgelegt im Sommersemester 2009. Betreuer des Vorhabens und Erstgutachter war Diethelm Klippel, das Zweitgutachten erstattete Oliver Lepsius. Die Schrift leistet vorzügliche ideengeschichtliche Forschung. Vor dem Auge des Lesers entfaltet die Verfasserin zugleich theoretische Auseinandersetzung und normative Realität zur Zinsnahme über zwei Jahrhunderte, welche die entscheidende Übergangsphase zwischen dem Rechts- und Wirtschaftsleben des Ancien Régime und der Moderne darstellen. ‚Wucher und Staat‘ verfolgt eine überzeugende Anordnung. Eine Einleitung sorgt für begriffliche Klärung und Darstellung des Gedankengangs im dogmatischen Fortschritt unter oder mit der ideen-

te, in: Lexikon des Mittelalters, Bd. IX. Stuttgart / Weimar 1999, Sp. 622 ff.

7 Decretum Gratiani 1.46.9, 1.46.10, 1.47.2.

8 Thomas von Aquin (um 1225 bis 1274), *Summa theologica*, 2.2.78.1.

9 Baldus Ubaldis Perusinus (1320/1327-1400). *In quartum & quintum codicis libros commentaria*, Venetiis, 1586, zu C.4.32, Rubrica, Nr. 1, fol. 87 verso.

10 Decretum Gratiani 2.10.2.2; Liber extra (vom Jahre 1234) 5.19; Baldus, wie zuvor, zu C.4.32, fol. 87-95; Art. 26 f., Reichspolizeiordnung Deutschland (RPO) 1530; Art. 17, 20, RPO 1548; Art. 17, 20, RPO 1577.

11 Siehe zum Beispiel Decretum Gratiani 2.14.3.1, 2.14.3.2, 2.14.4.5.

geschichtlichen Entwicklung. Hierbei erinnert die Autorin an den Begriffswandel, den ‚Wucher‘ (usurae) erlebte: vom Zinsnehmen überhaupt zum überhöhten Zins und schließlich zum Missverhältnis von Leistung und Gegenleistung schlechthin (S. 13 f.; die Beobachtung hätte freilich noch etwas markanter ausfallen können). Beherrschende Frage der Arbeit ist, welche Aufgabe der Staat nach je zeitgenössischen Ansichten habe. Sie weist weit über das Wucherproblem hinaus. Doch widersteht die Verfasserin der Versuchung, eine Generalgeschichte der Staatsidee zu schreiben (S. 18) – was in einer Dissertation unmöglich geleistet werden kann. Sieben Kapitel bringen dem Leser eine breite und repräsentative Auswahl von Quellen nahe.

(3.) Den Anfang machen die absolutistisch-kameralistischen Staatswissenschaften in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts (Kapitel 1). Einen Schwerpunkt bildet danach die Diskussion zwischen Jeremy Bentham und Adam Smith – Bentham mit Blick auf beste Verbreitung von Glückseligkeit als Gegner beschränkender Regelungen dargestellt und Smith als Befürworter moderater Begrenzungen, um Fehlleitung von Kapital in unerfüllbare Verträge (hohe Zinsen bei hohen Risiken in Person und Vorhaben des Darlehensnehmers) zu verhindern (Kapitel 2). Die Ausrichtung an der Glückseligkeit betont Liebner zu Recht als nahezu uniformes Staatsziel des aufgeklärten Absolutismus (S. 15, 71). Freilich kann diese Epoche es nicht (wie man bei der Lektüre der Arbeit zunächst meinen könnte) ausschließlich für sich beanspruchen; man findet es auch schon bei den reichsrechtlichen Reformationen des 16. Jahrhunderts ausgedrückt.¹² Trotzdem trifft Liebners Befund einer säkular-wohl-

fahrtsstaatlichen Umformung des kanonischen Zinsverbotes. Besonders komprimiert wird dies an Johann Albrecht Philippi gezeigt (S. 57 ff.). Aber auch Autoren wie Johann Heinrich Ludwig Bergius und Johann Heinrich Gottlob von Justi kommen zu Wort: mit den Sorgen, hohe Zinserträge möchten den Geldeigner zum Müßiggang anstatt zum produktiven Einsatz des Geldes verführen (S. 29 f.); mit der Befürchtung, die Wirtschaft werde bei schrankenloser Zinsnahme nur überteuerte Produkte anbieten oder aber keine Aussicht auf Erträge aus Investitionen finden können (S. 31 ff.); mit der Aussicht, die Familien könnten angesichts ungezügelter Zinsen den Lebensunterhalt nicht decken, und die Menschen würden von Eheschließung und Familiengründung absehen oder auswandern (S. 34 ff.).

Die Mühelosigkeit des Einkommens ist letztlich eine Neuformulierung des mittelalterlichen Arguments von der Unfruchtbarkeit des Geldes. Sie wird im 19. Jahrhundert in Karl Marx' Beschreibung des Geldkapitalisten wiederkehren – bei ihm nimmt der Fabrikhaber Kredit auf, und mit ihm muss er den aus der Arbeit der Beschäftigten abgeschöpften Mehrwert teilen.¹³ Und im 20. Jahrhundert werden die Nationalsozialisten die Beobachtung mühelosen Einkommens für eine antisemitische Ideologie missbrauchen, worin angeblich eine jüdische Weltfinanz die Völker der Erde in Zinsknechtschaft hielt (die zu brechen in der nationalsozialistischen Selbstauffassung als ‚stählerne Achse‘ programmatischer Ausrichtung erscheint).¹⁴ Liebners Arbeit schildert die

und 1577. Historische Einführung und Edition. Frankfurt am Main 2002, S. 129 ff.).

13 Zur Aufteilung des Profits in Zins und Unternehmergeinn Karl Marx, *Das Kapital*. Der Gesamtprozeß der kapitalistischen Produktion, Bd. 3.1. Hamburg 1894, Buch 3, Kapitel 21 ff.

14 Punkt 11 des Parteiprogramms der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiter-Partei vom 25. Februar 1920: Abschaffung des arbeits- und mühelosen Einkommens. Brechung der Zinsknechtschaft. Dazu auch die Kommentierung von Gottfried Feder, *Das Programm der N.S.D.A.P. und seine weltanschaulichen Grundgedanken*. München 1928, S. 17 ff.

12 Glückseligkeit zum Beispiel in Maximilians I. Vorrede zur Reichsnotariatsordnung 1512 (ediert in: Herbert Grziwotz, *Kaiserliche Notariatsordnung von 1512. Spiegel der Entwicklung des europäischen Notariats*. München 1995, S. 3 ff.). Im gleichen Sinne von Wohlfahrt spricht die Vorrede Karls V. zur Reichspolizeiordnung 1530 (ediert in: Matthias Weber, *Die Reichspolizeiordnungen von 1530, 1548*

Vorschläge der Zeit am Ende des Ancien Régime, wie Rahmenbedingungen für günstige Darlehen geschaffen werden können (S. 38 ff.). Sie wirken aus heutiger Perspektive wie Modelle für die ab der Mitte des 19. Jahrhunderts ins Werk gesetzten genossenschaftlichen Projekte von Friedrich Wilhelm Raiffeisen und Hermann Schultze-Delitzsch.¹⁵

(4.) Den im ersten Kapitel entfalteten nationalökonomischen Ansatz für die rechtlichen Regelungen setzt die Autorin in den folgenden Kapiteln fort: Neben den schon erwähnten Stimmen von Bentham und Smith hebt Liebner im zweiten Kapitel Physiokraten wie Anne Robert Jacques Turgot hervor (S. 80 ff.). Hier entsteht ein reiches Bild vom Meinungskampf zwischen Zinsbegrenzung oder gar gänzlichem Verbot des Zinses und völliger Freigabe (S. 85 f.). Gut gewählt ist im dritten Kapitel der josephinische Wettbewerb vom Jahre 1789 (S. 87 ff.). Preise für gesellschaftlich relevante Schriften auszuloben, war im 18. Jahrhundert zu einem Instrument von Staatslenkern und bürgerlichen Vereinigungen geworden, den Meinungs Austausch zu beflügeln und das Für und Wider von Regulierungen gründlich abzuwägen. Der österreichische Regent forderte dazu auf, Schriften einzureichen, in welchen der Wucher beschrieben und Wege aufgezeigt würden, ihm ohne Strafgesetze Einhalt zu gebieten. Das Bestreben, auf Strafsanktionen möglichst zu verzichten, fügt sich nahtlos in die kriminalpolitischen Reformanstrengungen Josephs.¹⁶ Liebner stellt dies zutreffend in den

(S. 20): „*Brechung der Zinsknechtschaft ist die stählerne Achse, um die sich alles dreht*“; das Parteiprogramm im Wortlaut auf S. 8 ff.).

15 Hierzu Birgit Müller, Kreditgenossenschaften in Bayern. Eine rechtsgeschichtliche Untersuchung der Kreditvergabe, der Kreditsicherung und der Kreditabwicklung von den Anfängen bis 1914. Berlin 2008.

16 Siehe sein Allgemeines Gesetz über Verbrechen, und derselben Bestrafung (Wien 1787). Siehe zum Wucher auch Art. 59 (Zurschaustellung des Wucherers), Art. 80 ff. (Strafbarkeit von Umgehungsgeschäften), Art. 114 (Verjährung) des Strafgesetzbuches für die Toskana von 1786, der so genannten Leopoldina. Über

Rahmen österreichischer gesetzlicher Maßnahmen zur Zinsbesteuerung oberhalb eines Zinssatzes von 4 vom Hundert (S. 93 f.), von Maximalzinssatz-Regelungen (S. 95 ff., 98 ff.) und schwankender Strafbarkeitsbestimmungen (S. 95 ff.). Eine Fülle von Eingaben folgte dem Aufruf Josephs. In den Eingaben kehrt der Gedanke unerwünschten Müßiggangs des Darlehnsgebers wieder (S. 121). Ebenso erscheint aber auch – gedacht als argumentum ad absurdum, nicht als geforderter Entwicklungsschritt – die Entgegnung, wonach man bei Missbilligung des Müßigganges konsequenterweise den Fabrikarbeitern den Gewinn des Inhabers zuteilen müsste (S. 121). Liebner berichtet von zahlreichen Vorschlägen zu fiskalischen, sozialen und bildungspolitischen Maßnahmen gegen die Verschuldung der Bevölkerung (S. 122 ff.), zur Reduktion der Pflicht, Mündelgelder beim Staat anzulegen und so dem Kreditverkehr zu entziehen (S. 144, 154), zur Errichtung öffentlicher Kreditanstalten (S. 122 ff., 153 f.) und von der Feststellung, dass der Staat das Geld durch seine eigene Kreditaufnahme zinstreibend verknappe (S. 146).

(5.) Plausibel und in bester Tradition dogmengeschichtlicher Schriften wendet Liebner sich nach der Analyse des josephinischen Wettbewerbs im vierten Kapitel den naturrechtlichen Lehren von Eigentum und Vertragsfreiheit und ihrem Verhältnis zu den Kodifikationen an der Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert zu, jeweils unter dem Aspekt des Zinsnehmens. Das fünfte Kapitel setzt die chronologische Folge mit dem zeitgenössischen nationalökonomischen Blick auf die Gesetzgebung in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts fort und verfolgt dabei insbesondere auch die Idee

dieses Gesetz Hans Schlosser, Die ‚Leopoldina‘. Toskanisches Strafgesetzbuch vom 30. November 1786. Originaltext, deutsche Übersetzung und Kommentierung. Berlin 2010. Zeitgenössische deutsche Ausgabe des toskanischen Gesetzbuches als: Kriminalgesetze Sr. königl. Hoheit Peter Leopolds Erzherzogs von Oesterreich, Großherzogs von Toskana etc. In das Deutsche übersetzt. Wien 1787.

staatlicher Kreditanstalten. Stimmig schließt sich dem im sechsten Kapitel die Diskussion der zweiten Jahrhunderthälfte an. Das siebte Kapitel stellt dem die tatsächliche legislative Entwicklung in Norddeutschem Bund und Deutschem Reich gegenüber. Der Autorin gelingt es hier, im Vergleich zu Arbeiten etwa von Klaus Luig und von Jochen Dilcher,¹⁷ die sich ebenfalls mit der Wuchergesetzgebung des 19. Jahrhunderts befassen, eigenständige Schwerpunkte zu bilden. Es hätte sich allerdings für Liebner, die zuvor zu Recht die Diskussion um den Bedarf nach öffentlichen Kreditanstalten einbezogen hatte, angeboten, in geraffter Form auf die tatsächliche Entwicklung des öffentlichen Sparkassenwesens im 19. Jahrhundert zu verweisen.

(6.) Die Schrift Liebners bereichert das Wissen um die Geschichte des Kreditzinses. Es spiegelt die Ideen in scharfer Zeichnung wider und steckt voller Anknüpfungen für weitere Beiträge zu dem elementaren Themenfeld.

Augsburg

Christoph Becker

(Prof. Dr. Christoph Becker, Universität Augsburg, Juristische Fakultät, Lehrstuhl für Bürgerliches Recht und Zivilverfahrensrecht, Römisches Recht und Europäische Rechtsgeschichte, Universitätsstraße 24, D-86159 Augsburg)

17 Klaus Luig, Vertragsfreiheit und Äquivalenzprinzip im gemeinen Recht und im BGB. Bemerkungen zur Vorgeschichte des § 138 II BGB, in: Christoph Bergfeld et al. (Hrsg.), Aspekte europäischer Rechtsgeschichte. Festgabe für Helmut Coing zum 70. Geburtstag (Ius Commune, Sonderhefte 17). Frankfurt am Main 1982, S. 171 ff.; Jochen Dilcher, Die Zins-Wucher-Gesetzgebung in Deutschland im 19. Jahrhundert. Eine entwicklungsgeschichtliche Betrachtung unter besonderer Berücksichtigung wirtschaftlicher und wirtschaftspolitischer Faktoren (Europäische Hochschulschriften, Reihe 2: Rechtswissenschaft 3394). Frankfurt am Main / Berlin / Bern / Bruxelles / New York / Oxford / Wien 2002.

Julius H. Schoeps, Das Erbe der Mendelssohns. Biographie einer Familie. Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt am Main 2010, 490 S., € 10,95.

„Wahrheit erkennen, / Schönheit lieben, / Gutes wollen, / das Beste tun“ (S. 24) – diese von Moses Mendelssohn überlieferte Formulierung schrieb Hans-Joachim Schoeps seinem Sohn Julius H. Schoeps ins Stammbuch. Er hat die Familienbiografie der Mendelssohn-Dynastie verfasst. Sie beginnt mit der Geburt des jüdischen Jungen Mosche mi-Dessau, so der ursprüngliche Name von Moses Mendelssohn (1729-1786). Der in Dessau geborene Sohn von Mendel (Menachem) Heymann und seiner Frau Bela Rachel Sarah Geborene war das jüngste von drei Geschwistern. Seit ungefähr 1760 benutzte Moses aus Dessau das Patronym Mendelssohn, wurde Kaufmann und Philosoph. Er ist eine Ausnahmerecheinung in der deutschen Geschichte im Allgemeinen und der Unternehmensgeschichte sowie Bankgeschichte im Besonderen. Das Buch ist eine „Reise durch mehr als 250 Jahre und sechs Generationen Familiengeschichte“ (S. 20) und erinnert an Bankiers und Denker, Kaufleute und Komponisten, Historiker und Mäzene und – die Aufzählung ließe sich lange fortsetzen.

Der Ahnherr Moses Mendelssohn ging als Vierzehnjähriger von Dessau nach Berlin, wo ihm nur bedingt der Aufenthalt gewährt wurde. Um seinen Lebensunterhalt verdienen zu können, kümmerte er sich zunächst um die Vertiefung seines Wissens und eine umfassende Bildung. Dazu gehörte es, „Deutsch lesen und schreiben zu lernen“ (S. 33). Schoeps folgt dem Lebensweg Mendelssohns: Hauslehrer der Kinder eines Seidenfabrikanten, von diesem als Buchhalter eingestellt, Prokurist und schließlich wurde er Teilhaber der Seidenwarenmanufaktur. 1763 erhielt er das Privilegium eines Schutzjuden. Mit seinem überraschenden Tod 1786 endete das Leben des Unternehmers und bedeutenden Gelehrten und Modernisierers des Judentums.

Seine Söhne Joseph (1770-1848) und Abraham (1776-1835) – der sich später Ernst nannte – begründeten das Bankhaus J. & A. Mendelssohn. Nach dem Rückzug von Ernst Mendelssohn Bartholdy – er hatte seinen ‚jüdischen‘ Namen mit dem ‚christlich‘ klingenden Bartholdy ergänzt – vom Bankgeschäft trat Alexander Mendelssohn (1798-1871) – ein Sohn von Joseph – in seine Fußstapfen. „*Joseph, der im Gegenteil zu den meisten seiner Geschwister nicht die Taufe nahm, verblieb bis zu seinem Tode im Judentum und hielt an der Mitgliedschaft zur Jüdischen Gemeinde Berlin fest*“ (S. 81). Schoeps geht ausführlich auf die Anfänge des Bankhauses J. & A. Mendelssohn ein, stellt Joseph Mendelssohn als eine „*der bedeutendsten Unternehmerpersönlichkeiten in Berlin*“ (S. 181) heraus und beschreibt die Aktivitäten – wozu die von Alexander Mendelssohn auf dem Feld der Wohltätigkeit und Wohlfahrtspflege dazugehörten. Dieser knüpfte an die Aktivitäten seines Vaters Joseph Mendelssohn an, der zum Beispiel 1836 die ‚Moses Mendelssohn-sche Waisen-Erziehungs-Anstalt der Berliner Jüdischen Gemeinde zu Berlin‘ mitbegründet hatte. Die Mendelssohns fühlten sich „*der Zedaka verpflichtet*“, das heißt der „*planmäßigen Wohltätigkeit im Sinne ausgleichender sozialer Gerechtigkeit*“ und „*sahen es [...] über die Generationen hinweg als eine Familienverpflichtung an, sich für Arme und Schwache, für Waisenkinder und Alte einzusetzen*“ (S. 189).

Einer der Söhne von Josephs Bruder Abraham (später Ernst) war Felix Mendelssohn Bartholdy (1809-1847), der berühmte und früh verstorbene Komponist. Etwas in dessen Schatten lebte seine Schwester Fanny Mendelssohn Bartholdy (1805-1847) und in doppelter Weise der Vater. Von ihm stammt das sarkastische Bonmot: „*Früher war ich der Sohn meines Vaters, jetzt bin ich der Vater meines Sohnes*“ (S. 91).

Die Söhne und Töchter von Moses Mendelssohn wussten später selbst für sich zu sorgen. „*Die Kinder waren später stolz darauf, dass der Vater sie nicht zu etwas gezwungen*

hatte, was sie nicht wollten und wozu sie nicht bereit waren“ (S. 77). Die älteste der Mendelssohn-Töchter Brendel, die sich später Dorothea nannte, musste den von den Eltern ausgesuchten Ehemann Simon Veit heiraten. Sie brach aber mit den überkommenen Konventionen, nahm sich 1797 Friedrich Schlegel als Geliebten und zog mit ihm zusammen. 1802 ließ sie sich mit Sohn und dem neuen Lebensgefährten in Paris nieder. Dort entwickelten sich Schlegels – sie war inzwischen geschieden und hatte ihren ‚Neuen‘ geheiratet – sich zu „*Protagonisten des Katholizismus*“ (S.110).

Der erste Mendelssohn, der es zum Industriellen brachte, war Paul Mendelssohn Bartholdy (1841-1880), ein Sohn des Komponisten Felix Mendelssohn Bartholdy. Das Unternehmen des promovierten Chemikers stellte Anilinfarben her. Ab 1873 nannte es sich ‚Actien-Gesellschaft für Anilin-Fabrikation‘ – daraus wurde 1898 die Firma AGFA. Nach dem frühen Tod des Firmengründers übernahm dessen Neffe Franz Oppenheim die Leitung des Unternehmens und ließ 1909 die Film- und Farbenfabrik Wolfen bauen. „*Die Filmfabrik Wolfen entwickelte sich zum größten Werk dieser Art in Europa*“ (S. 241). Die AGFA ging 1925 in die IG Farbenindustrie AG auf, deren Tochterunternehmen Degesch (Deutsche Gesellschaft für Schädlingbekämpfung) Zyklon B herstellte, mit dem in den Gaskammern in Auschwitz und anderen Konzentrationslagern industriell und massenhaft gemordet wurde.

Julius H. Schoeps folgt diesen und vielen weiteren Wegen der verzweigten und überaus interessanten Familienbiografie bis in die heutige Zeit. Die jüdische Herkunft der oft zum Christentum übergetretenen Mendelssohns, Mendelssohn Bartholdys und Mendelssohn-Bartholdys – in den verschiedenen Familienzweigen hatten sich unterschiedliche Schreibweisen eingebürgert – wurde zunehmend verschwiegen. In der NS-Zeit kam es zu Zwangsverkäufen, wozu auch große Kunstsammlungen gehörten: „*Die Mendelssohns verkörperten für die Nazis alles, was sie ablehnten*“ (S. 351).

Das Lesen der Spuren dieser weit verzweigten Familiendynastie wird durch einen gleich zu Beginn des – zuerst 2009 veröffentlichten und seit 2010 als Taschenbuch vorliegenden – voluminösen Werkes abgedruckten Stammbaums sehr erleichtert. Er enthält die Daten von 45 Mitgliedern der Familie, die heute mehrere hundert Personen umfasst. Von ihnen haben sich 2007 rund 300 Nachkommen in Berlin getroffen. Darunter befand sich der Autor dieser Familiengeschichte: mütterlicherseits ein Nachfahre der Mendelssohn-Bartholdys, renommierter Historiker und seit 1992 Direktor des Moses Mendelssohn Zentrums für europäisch-jüdische Studien an der Universität Potsdam. Eine detaillierte Zeittafel und ein Personenregister erleichtern die Lektüre des sehr gut lesbaren Werkes, welches als ein Meilenstein der deutsch-jüdischen Sozialgeschichte bezeichnet werden kann.

Berlin / Potsdam

Kurt Schilde

(Dr. Kurt Schilde, Stiftung Topographie des Terrors, Niederkirchnerstraße 8, D-10963 Berlin)

Paul Thomes, 175 Jahre Sparkasse Aachen. Fair – menschlich – nah. Weiss-Verlag, Monschau 2010, 395 S.

Ein deutsches Unternehmen mit 175-jähriger Tradition hat wahrhaft Grund zum Feiern, denn um die massiven politischen und ökonomischen Verwerfungen während dieser langen Zeit erfolgreich zu überstehen, bedurfte es eines strategischen Handelns und außergewöhnlicher Anpassungsfähigkeit. Sparkassen – und hier besonders die Sparkasse Aachen – scheinen es allerdings mit dieser unternehmerischen Kontinuität nicht so genau nehmen zu wollen. Denn der eigentliche Vorläufer der hier untersuchten Institution war die Städtische Sparkasse Aachen, die von 1829 bis 1851 existierte, aber nur so geringen Erfolg aufwies, dass man ihr 180-jähriges Gründungsjubiläum von offizieller Seite her lieber

verschwieg, während der Autor ausführlich diese Sparkasse behandelt. Stattdessen wählte man als Gründungsjahr die privaten Spar- und Prämienkassen des Aachener Vereins zur Beförderung der Arbeitsamkeit – also gerade nicht eine öffentlich-rechtliche Sparkasse in kommunaler Trägerschaft –, die 1834 unter Leitung von David Hansemann (1790-1864) ihre Tätigkeit aufnahm und mit Beschluss einer außerordentlichen Bezirksversammlung vom 12. Februar 1923 in die Kreissparkasse Aachen übergang, die am 1. Januar 1993 durch den Zusammenschluss der Stadtparkasse und Kreissparkasse Aachen zur Sparkasse Aachen umgewandelt wurde.

Der Verfasser dieser Festschrift geht der wirtschaftlichen Entwicklung von verschiedenen Sparkassen im preußischen Regierungsbezirk beziehungsweise nordrhein-westfälischen Landkreis Aachen anhand von Geschäftsberichten, Archivmaterial und einschlägiger Literatur detailliert, das heißt mit vielfältigen Statistiken und Schaubildern, nach und versucht eine ungefähre Einordnung in den politischen Kontext durch die knappe Beschreibung der Rahmenbedingungen. Zu den behandelten Sparkassen gehören nicht nur die Städtische Sparkasse Aachen (1829-1851) sowie die Spar- und Prämienkassen des Aachener Vereins (1834-1923), sondern auch die Kreisdarlehenskasse Monschau (1854-1898), die Kreisdarlehenskasse Aachen (1885-1895), die Kreisspar- und Darlehenskasse Aachen (1895-1923), die Kreisspar- und Darlehenskasse Monschau (1898-1911), die Städtische Sparkasse Aachen (1901-1942), die Städtische Sparkasse Eschweiler (1906-1942), die Kreisparkasse Monschau (1911-1973), die Städtische Sparkasse Stolberg (1920-1932), die Kreissparkasse Aachen (1923-1992), die Stadtparkasse Aachen (1943-1992) und schließlich die Sparkasse Aachen von 1993 bis 2009.

Die inhaltliche Gliederung dieses Buches orientiert sich an chronologischen, politischen und sparkasseninternen Gesichtspunkten, was sich in den Kapiteln – nach Grußworten des Präsidenten des Deutschen Sparkassen- und

Giroverbandes, des Städteregionsrats der StädteRegion Aachen, des Oberbürgermeisters der Stadt Aachen, des Vorsitzenden des Vorstands der Sparkasse Aachen sowie einer Einleitung – durch die gewählten Perioden 1834 bis 1923, 1914 bis 1945, 1945 bis 1973, 1973 bis 1992 und 1993 bis 2009 – niederschlägt. Wer sich über die jährlichen Einnahmen und Ausgaben, Ein- und Rückzahlungen, die berufliche Zusammensetzung der Sparer, Zinsen, Anlageformen, Kreditgeschäften, Bauvorhaben, technische Neuerungen, Personalentwicklung, Gemeinnützigkeit beziehungsweise Wirtschaftsförderung etc. jeder dieser Sparkassen informieren möchte, findet reichhaltiges statistisches Material in diesem Band. Allerdings wird diese Detailverliebtheit meines Erachtens zu weit getrieben, auch wenn die vielen Statistiken – ich habe 80 Tabellen gezählt – für einen Sparkassenvergleich sehr hilfreich sind. So erfährt man zum Beispiel, dass der Aachener Verein 1844 zwölf Kindergärten mit 1.139 Kindern mit 17.337 Talern bezuschusste (S. 39). Oder von der Städtischen Sparkasse Eschweiler wird ausführlich berichtet, mit welchen Konditionen sie am 1. Februar 1907 eine Jugendsparkasse errichtete beziehungsweise dass am 1. April 1913 375 ‚Hausparkassen‘ im Umlauf waren. Und wie wichtig ist es für eine „anregend-kritische [Sparkassen-] Geschichte, mit all den Höhen und Tiefen“ (S. 13) von der Kreisbeziehungsweise Stadtparkasse Aachen zu wissen: „Der 33-jährige Kassenbote August Breuer bezog 1900 ein Jahresgehalt von 1.080 M. plus eine Fahrkarte der Aachener Kleinbahngesellschaft. Die Stadtparkasse bildete seit 1901 Lehrlinge aus, der erste hieß Martin Keuter“ (S. 115)?

Es tut mir leid, feststellen zu müssen, dass diese mit Bildern, Karten, Grafiken und Werbeanzeigen opulent ausgestattete Veröffentlichung eines ausgewiesenen Kenners der deutschen Sparkassengeschichte eine (offenbar unter Zeitdruck fertiggestellte) etwas zu beschönigende Festschrift ist, obwohl man eigentlich von jüngeren Forschern erwarten könnte, dass sie die frühere Gewohnheit, un-

kritische Festschriften zu schreiben, endgültig in den Orkus der Vergangenheit befördert hätten. Dazu können hier nur einige kurze, zum Teil überpointierte Bemerkungen gemacht werden. Die überwiegenden Interpretationen dieser Arbeit basieren nämlich auf tendenziösen Geschäftsberichten der Sparkassen, von denen außerdem noch ausschnittsweise Dutzende in eigenen Kästchen abgedruckt wurden. So wird zum Beispiel durchgängig behauptet, dass die Ursprungsidee der Sparkassen während des ganzen Zeitraums beibehalten worden sei und „der öffentliche Auftrag in Verbindung mit der Gemeinnützigkeit, als ihr Erkennungsmerkmal unangetastet blieb“ (S. 313). Diese Gemeinnützigkeit enthielt allerdings nach den Beschlüssen der 1. Bezirksversammlung des Aachener Vereins vom 21. Juni 1834 die Forderung, dass dessen Aufgabe „die Erweckung, Entwicklung, Vermehrung und Beförderung der freiwilligen Arbeitsamkeit [der unteren Volksklassen, Anm. d. Verf.] durch den Einfluss des Vereins, so wie die Aufmunterung derselben durch direkte oder indirekte Belohnung“ unter Berücksichtigung der vorhandenen Mittel sei. Die deutschen Sparkassen haben sich aber bald von diesen hehren Zielen verabschiedet und sind zu Universalkreditinstituten geworden, die zum Scheckverkehr auf Sparguthaben sowie zum Scheck- und Überweisungsverkehr für Kontokorrent- beziehungsweise Depositenkonten übergangen, wogegen die Geschäftsbanken erfolglos Sturm liefen. Bei diesen geldpolitischen Aktivitäten spielte die Gemeinnützigkeit für die Arbeiterklasse zwar noch eine gewisse Rolle, aber immer stärker trat der Rentabilitäts- und Gewinngedanke in den Vordergrund. Von der immer massiver durchgeführten Zentralisierung der Sparkassen schon in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, vor allem aber im 20. Jahrhundert, findet sich so gut wie nichts in dieser Festschrift, sondern es wird das sparkasseninterne Regionalprinzip in den allgemeinen Fokus gerückt und es werden deshalb Ansichten vertreten wie etwa die, dass die Sparkassen „entscheidend zur sanft-effizienten Gestaltung des Strukturwandels von

der Agrar- zur Industriegesellschaft“ (S. 124) beigetragen hätten oder dass die Stadt- und die Kreissparkasse Aachen um 1990 mit ihren Informations-, Bildungs- und Kulturangeboten sich „intensiv, progressiv und variantenreich wie nie zuvor präsentierten“ (S. 316).

Es wäre wünschenswert gewesen, wenn der Autor nicht nur die neun Kriegsanleihen der deutschen Reichsregierung im Ersten Weltkrieg erwähnt hätte, sondern auch, in welcher Höhe der Aachener Verein und die anderen Sparkassen des Untersuchungsgebiets sich jeweils daran beteiligten. Ebenso wenig erfahren wir, welche Propaganda die Spar- und Prämienkassen gegenüber ihren Kunden für diese Kriegsanleihen machten, deren angeblicher Reiz darin bestand, „dass sie höhere Zinsen als die Sparguthaben trugen“ (S. 131), doch die wichtige Frage, ob man mit den Kriegsanleihen bewusst die Sparer täuschte, die ja ihr eingezahltes Geld in der Inflation fast ganz verloren, wird nicht einmal gestellt. Dagegen wird die verschleiende Ansicht vertreten, man hätte nicht gewusst, „wie werthaltig die Reichsanleihen waren“ und es hätte nicht festgestanden, „ob und wie die Weimarer Republik als Rechtsnachfolger des Reichs die Forderungen anerkennen würde“ (S. 69). Natürlich konnte man dies nicht wissen, denn es gab ja bis Ende 1918 noch ein Kaiserreich und keine Demokratie, aber aus dem kundenschädlichen Verhalten der Sparkassen zu schließen, dass „es nicht wegen individueller Fehler oder einer unangemessenen Geschäftspolitik so kam“ (ebd.), ist wohl eine sehr großzügige Auslegung des gemeinnützigen Geschäftsmodells ‚zu Nutz und Frommen der arbeitenden Klassen‘.

Auch die eher wohlwollende Behandlung der Aachener Sparkassen im ‚Dritten Reich‘ durch Paul Thomes, das berechtigterweise als „ein totalitäres Regime übelster Prägung“ (S. 174) bezeichnet wird, erweckt bei stringenter Lektüre nicht den Eindruck einer kritisch-rationalen Aufarbeitung dieser bedrückenden Handlungen auch der Sparkassen. Zwar wird erwähnt, dass die Vorstände und Direktionen bereits 1934 mit NSDAP-Funktionären durchsetzt gewesen wären, aber die Frage, ob die

Sparkassen der NS-Ideologie selbst anheimgefallen sind, wird nicht gestellt, angeblich, weil sie „ohne eine Alternative“ (S. 175) und die Überlieferungen 1933 größtenteils abgerissen gewesen seien. Ob einschlägige Quellen dazu im Zweiten Weltkrieg zerstört wurden oder in anderen Archiven hätten erschlossen werden können, kann hier nicht definitiv entschieden werden. Wir wissen aber von vielen anderen deutschen Sparkassen, dass sie an der NS-Ideologie aktiv mitgewirkt, jüdische Mitarbeiter entlassen und sich an der Arierisierung jüdischen Besitzes bereichert haben. Dies alles soll bei den Aachener Sparkassen nicht stattgefunden haben, weil der Nationalsozialismus „keinerlei Raum für abweichendes Verhalten ließ“ (S. 186) oder weil darüber angeblich keine Informationen mehr beschafft werden können?

Ob man bei der engen institutionellen Verflechtung der Aachener Sparkassen nach 1973 mit dem Rheinischen Sparkassen- und Giroverband, dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband sowie mit der Sparkassen-Finanzgruppe e. V. noch davon sprechen kann: „Nachhaltige Kundennähe und Ortsverbundenheit genossen als Geschäftsprinzipien oberste Priorität“ (S. 291), ist mehr als fraglich. Gegenüber den Anfängen des Sparkassenwesens ist heute das oberste Geschäftsprinzip eher die Optimierung des Gewinnertrags, auch wenn die Gemeinnützigkeit noch gepflegt wird. Wenn wir nur daran denken, dass die Westdeutsche Landesbank (WestLB) die Zentralbank der rheinischen und westfälischen Sparkassen war, das heißt die Sparkasse Aachen auch zu den wesentlichen Mit-eigentümern der WestLB gehörte, muss die Ortsverbundenheit erheblich relativiert werden. Am 10. April 2007 wurde bekannt, dass die WestLB durch dubiose Aktienspekulationen und ausländische Wertpapiergeschäfte im Jahr 2007 einen Verlust von 1,6 Mrd. Euro eingefahren hatte, für die auch die Sparkassenkunden nachhaltig zur Kasse gebeten wurden. Diese betrügerischen Bankgeschäfte werden in dieser wunderschönen Festschrift nicht erwähnt und der Leser wird darüber im Unklaren gelassen, ob dies eventuell nicht in die

viel beschworene ‚Unternehmensphilosophie‘ beziehungsweise ‚langfristige Nutzenmaximierung‘ hineinpasst.

Noch ein polemisches Wort zur Euro-Einführung am 1. Januar 2002, die ja inzwischen wegen der ungeheuren Staatsverschuldung Griechenlands und anderer Euro-Staaten heftig unter Kritik geraten ist, aber von vielen deutschen und europäischen Politikern als eine Erfolgsgeschichte dargestellt wird. Auch Thomes zeichnet sie in einem positiven Licht, ohne auf die gravierenden Nachteile hinzuweisen: „Die Vorteile der neuen Währung lagen gerade in der Euregio Maas-Rhein im wahrsten Wortsinn auf der Hand: Eine Währung im Dreiländereck machte zwei zusätzliche Geldbeutel obsolet, wenn damit der Grenzüberschritt auch ein wenig den Reiz des Außergewöhnlichen verlor“ (S. 342). Dass gerade die Geringverdiener in Deutschland unter dem Euro massiv gelitten haben, weil deren Einkommen sich ziemlich reduziert und dadurch der eine Geldbeutel entleert worden ist, die Gaststätten- und Lebensmittelpreise sich oft aber mehr als verdoppelt haben, sollte man vielleicht in einer Sparkassengeschichte, in der auf Gemeinnützigkeit so viel Wert gelegt wird, nicht ganz verschweigen. Und was die ökonomischen Wirkungen des Euro auf den Arbeitsmarkt betrifft, sollten wir uns von der politischen Schönfärberei nicht ins Bockshorn jagen lassen, denn in DM-Zeiten lag die Arbeitslosigkeit in Westdeutschland bei 149.000 (1970), während sie bis 2006 auf drei Millionen gestiegen ist und erst danach langsam wieder sank (2010: 2,23 Mio.; ganz Deutschland 3,24 Mio.). Die deutsche Kapitalbilanz hat sich von 34,2 Mrd. Euro (2000) auf -145,4 Mrd. Euro reduziert, die Insolvenzen haben sich von 42.259 (2000) auf 168.458 (2010) erhöht! Die Verschuldung von Bund, Ländern und Gemeinden ist von 595,9 Mrd. Euro (1991) auf 1.926 Mrd. Euro (2010) ohne Rücksicht auf die kommende Generation hochgetrieben worden. Der Euro – dies ließe sich an vielen anderen Indikatoren verdeutlichen – hat also keineswegs die positiven Wirkungen entfaltet oder ist eine so große Er-

folgsgeschichte, wie Politiker sie ihm so gerne zuschreiben.

Ich weiß nicht, was die Sparkasse Aachen sich diese Festschrift hat kosten lassen, aber es überwiegt bei der Lektüre der zwiespältige Eindruck, dass ihr an einer kritisch-wissenschaftlichen Aufarbeitung ihrer Geschichte nicht gelegen war. Man kann eher vermuten, dass es ihr vor allem auf die inhaltliche Darstellung der besonders erfolgreichen Entwicklung der Sparkasse ankam, wie es der Vorstandsvorsitzende Hubert Herpers in seinem Grußwort ausdrückte.

Eichstätt

Hubert Kiesewetter

(Prof. Dr. Hubert Kiesewetter, Schimmelleite 4, D-85072 Eichstätt)

Sebastian Spörer, Politische und wirtschaftliche Gestaltung der deutschen Münzreform 1871-1875 der Hansestädte Bremen, Lübeck und Hamburg (Europäische Hochschulschriften, Reihe 3: Geschichte und ihre Hilfswissenschaften 1072). Peter Lang, Frankfurt am Main / Berlin / Bern / Bruxelles / New York / Oxford / Wien 2010, 252 S., € 44,80.

Die Hansestädte Bremen, Hamburg und Lübeck werden gerne in einem Atemzug genannt. Bei der Reichsgründung von 1871, als es um eine einheitliche Währung im Reich ging und besonders um die Frage, ob einer Goldwährung oder einer Doppelwährung wie die Frankreichs mit einer festen Aneinanderbindung der beiden Edelmetalle der Vorzug zu geben sei, sollte die bisher im Zollvereinsgebiet übliche Silberwährung aufgegeben werden. Die drei Städte gehörten zwar seit 1867 zum Norddeutschen Bund, der unter preußischer Führung stand, nicht aber zum 1834 gegründeten Zollverein, dem Hamburg und Bremen als letzte Bundesstaaten erst 1888 beitraten. In der Entwicklung der Währung unterschied sich besonders Bremen von den beiden anderen Städten, denn es

hatte seit der Mitte des 18. Jahrhunderts eine auf den umlaufenden französischen Louis d'or und seiner deutschen Nachahmungen sowie anderen gängigen Goldmünzen (wie den französischen des 19. Jahrhunderts) fußende Goldwährung ohne eigene Goldmünzen. Hamburg und Lübeck waren seit 1255 in einer Währungsunion verbunden und verwendeten dasselbe kurante Umlaufgeld im selben Fuß. Hamburg besaß seit 1619 eine auf Reichsspezialer fundierte Bank, die nach der Krise von 1770 auf Silberbarren umgestellt wurde. Die ‚Banco-Währung‘ ermöglichte den Kontenhabern zwar einen bequemen Zahlungsverkehr untereinander, war aber eine Währung für nur einen sehr kleinen Teil der Hamburger Bevölkerung, die ebenso wie die von Lübeck auf das umlaufende hamburgische, lübische, dänische und schleswig-holsteinische Kurantgeld angewiesen war. Während Lübeck nach 1801 keine eigenen Münzen mehr prägte, ließ Hamburg im Privatbetrieb des letzten Münzmeisters Kleingeld vom Schilling abwärts und später in auswärtigen Münzstätten prägen. Somit war dänisches und schleswig-holsteinisches Kleingeld in beiden Städten vorherrschend, während Bremen vom Münzumlauf seiner Nachbarn Oldenburg und Hannover abhängig war.

Mit der zunehmenden Einung des Bundesgebietes breiteten sich die Taler und sonstigen Münzen des preußischen Systems aus, die nach 1834 auch in Hannover und nach 1846 in Oldenburg die bisherigen Systeme ersetzten. Hamburg akzeptierte den preußischen Taler 1856 als ‚Thaler Courant‘ zu 40 Schilling und schloss sich damit dessen Währungsgebiet inoffiziell an. Der Taler eroberte schon vor 1866 Norddeutschland weitgehend, auch nach dem Ausscheiden von Schleswig-Holstein und Lauburg aus dem dänischen Währungsverband. Während in den meisten Bundesstaaten Papiergeld in Form von Staatspapiergeld oder Banknoten anzutreffen war, sträubte sich die Hamburger Bank bis zum Ende ihres Bestehens 1875 gegen die Notenausgabe. Lübeck besaß seit 1820 eine Notenbank, Bremen seit 1855.

Das Ergebnis der Währungsreform war eine Goldwährung mit Währungsmünzen von

fünf, zehn und 20 Mark. Mit der Währungsbezeichnung Mark wurde die nordelbische Kerneinheit zur Währungsbezeichnung erhoben. Die neue Mark war ein Drittel eines preußischen Talers. Die Taler im preußischen Fuß und die diesen nahezu gleichen Vereinstaler des Wiener Münzvertrags von 1857 blieben als Währungsmünze bis 1908 bestehen. Die metrologisch gleichen Dreimarkstücke, die sie ablösten, waren ebenso Scheidemünzen mit begrenzter Zahlkraft wie die anderen Silbermünzen des Reiches einschließlich der Zwei- und Fünfmärkstücke. Diese Besonderheit, die auf den großen Mengen im Umlauf vorhandener Taler fußte, machte die neue Währung bis 1908 zu einer ‚hinkenden‘ Goldwährung. Ein Problem war auch die Übernahme der Kosten für das Umtauschen der bisherigen Landesmünzen, die letztlich vom Reich übernommen und über die kaiserliche Postverwaltung als einziger flächendeckend vertretenen Reichsbehörde abgewickelt wurden. Schließlich ging es darum, alles bislang umlaufende Geld mit Ausnahme der jüngeren Taler zu ersetzen.

Spörers Arbeit fußt im Kern auf den einschlägigen Akten in den Archiven der drei Hansestädte und stellt die ausgesprochen interessante Entwicklung bis zum Abschluss der Währungsreform sehr detailliert und quellennah dar. Die in diesem Zusammenhang geführte Diskussion hatte nicht zuletzt die Versuche einer Wahrung von Resten einer Souveränität als Hintergrund, zu denen vor der Reichsgründung auch die Währungshoheit gehört hatte. Dabei kommt am Beginn eine genauere Darstellung der Ausgangsvoraussetzungen etwas zu kurz. In den drei Städten wurde die Diskussion in unterschiedlicher Weise und zum Teil mit großem Einsatz geführt, ohne dass sie eine die Möglichkeit einer Gestaltung hatten.

Bremen, das das Ende seines bisherigen Systems und die Probleme seiner Abhängigkeit von den Goldmünzen der 1865 begründeten Lateinischen Münzunion erkannt hatte, strebte schnell zu einer Reichsgoldwährung, zumal eine Goldwährung etwas Gewohntes

war. Lübeck stellte ebenfalls keine Forderungen an die neue Währung, während es in Hamburg massive Verteidiger des bisherigen auf ‚Banco‘ und ‚Courant‘ fußenden Systems und des Silbers gab. Dessen Preis verfiel jedoch ab den 1870er-Jahren, als eine Reihe von Ländern zu Goldwährungen übergang. Letztlich arrangierten sich die drei Städte und die Organisationen der Kaufmannschaft mit dem neuen System. Hamburg erhielt 1876 eine eigene Münzstätte unter eigener Verwaltung und konnte damit gestaltend am Münzwesen des Reiches mitwirken. Es war jedermann gestattet, aus eingeliefertem Gold Reichsgoldmünzen gegen Bezahlung der Kosten prägen zu lassen. Wir haben eine sehr detail- und materialreiche Studie vor uns, die uns guten Einblick in die Zeit der Reichsmünzreform, aber auch in die Ängste und Sorgen der drei Städte um ihre Eigenständigkeit liefert.

Frankfurt am Main Konrad Schneider

(Dr. Konrad Schneider, Stellvertretender Institutsleiter, Institut für Stadtgeschichte, Münzgasse 9, D-60311 Frankfurt am Main)

Verena von Wiczlinski, Im Zeichen der Weltwirtschaft. Das Frankfurter Privatbankhaus Gebr. Bethmann in der Zeit des deutschen Kaiserreichs 1870-1914 (Schriftenreihe des Instituts für bankhistorische Forschung 23). Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2011, 410 S., € 56,-.

Das Archiv der Privatbank Gebr. Bethmann in Frankfurt am Main gehört zu den wenigen deutschen Bankarchiven, die fast vollständig erhalten und schon seit längerer Zeit offen für die Forschung sind. In ihrer von Wolfgang Altgeld betreuten Dissertation entwickelt Verena von Wiczlinski zum ersten Mal eine Gesamtdarstellung der Auslandstätigkeit dieser Bank im Deutschen Kaiserreich. Dabei wird einerseits die bekannte These bestätigt, dass Gebr. Bethmann seit der Reichsgründung erheblich an Bedeutung verlor und nur noch selten eigenständig Geschäfte durchführte

oder initiierte. Andererseits war die Bank aber bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges in praktisch allen wichtigen Konsortien vertreten und damit fest im globalen Wertpapierhandel etabliert. Hierfür dürften zwei Gründe verantwortlich gewesen sein: Erstens verfügte Gebr. Bethmann weiterhin über erstklassige internationale Kontakte, die sorgfältig gepflegt wurden, vor allem nach Frankreich, nach Österreich, nach Großbritannien und in andere europäische Staaten. Gerade die familiären und informellen Verbindungen nach Frankreich erwiesen sich als extrem wichtig, weil in diesem Land deutsche Papiere offiziell nicht an den Börsen gehandelt wurden, zugleich das wohlhabende Pariser Publikum aber durchaus an gewinnbringenden deutschen Emissionen interessiert war. Zweitens war die Bank, die gerne ihr traditionsreiches Prestige betonte, in der Frankfurter Geschäftswelt fest etabliert und konnte in ihrer dortigen wohlhabenden Kundschaft stets bei Emissionen aller Art eine zwar kleine, aber doch einigermaßen sichere Marge absetzen. An dieser Stelle hätte man sich vielleicht eine vertiefte Analyse der Emissionskundschaft der Bethmanns gewünscht, auch wenn dies sicherlich quellenmäßig kein leichtes Unterfangen gewesen wäre.

Gut belegt wird auch die These, dass Gebr. Bethmann keineswegs risikoscheu agierten und dass die Bank immer wieder Nischen für sich entdecken konnte, die es ihr erlaubten, gegenüber den Universalbanken zu bestehen. Anders als andere Privatbanken befassten sich Gebr. Bethmann weltweit auch mit der Industriefinanzierung, um die Position als internationales Emissionshaus zu festigen, während sie schon kurz nach der Reichsgründung das Depositengeschäft faktisch aufgaben. Die Tradition der industriellen Engagements begann bereits in den 1820er- und 1830er-Jahren, als die Bethmanns hier eine Pionierrolle übernommen hatten, und setzte sich fort bis zur Gründung der Degussa. Ferner spielten die Bethmanns indirekt eine Sonderrolle in der regionalen Wirtschaft des Elsass, wo große Teile der frankophilen Bevölkerung jede Geschäftsbeziehung zu ‚deutschen‘ Banken und Sparkassen ablehnte.

Verena von Wiczlinski untersucht die Beteiligungen der Bethmanns gegliedert in geografische Regionen. Die Autorin richtet bei ihrer Analyse des Kapitalexportes stets ein besonderes Augenmerk auf das Verhältnis von Wirtschaft und Politik und kann einmal mehr die These bestätigen, dass im Zeitalter des Imperialismus in einigen Regionen (China, Osmanisches Reich etc.) nahezu jede Finanzoperation quasi automatisch politisiert war. Zugleich verliefen die Konflikte zwischen den internationalen Bankgruppen aber nach völlig anderen Regeln als die Konflikte zwischen den jeweiligen Regierungen, die sich am Nationalstaat ausrichteten. Nicht alles in dem Buch ist neu, aber das Material wird stets gut aufgearbeitet und häufig werden überaus komplizierte Anleihe- und Konsortialverhandlungen detailliert analysiert. Es handelt sich um eine fleißige und solide Studie, die den oft unübersichtlichen Stoff souverän verarbeitet. Nur an einigen Stellen hätte man sich vielleicht aus darstellerischen Gründen einige zusätzliche Tabellen oder Grafiken gewünscht, mit denen zum Beispiel Gewinn- und Verlustrechnungen verdeutlicht worden wären.

Konstanz

Boris Barth

(Prof. Dr. Boris Barth, Universität Konstanz, Fachbereich Geschichte und Soziologie, Neuere und Neueste Geschichte, Universitätsstr. 10, D-78457 Konstanz)

Peter Wulf, Kleine Schleswig-Holsteinische Bankgeschichte (Zeit + Geschichte 19). Wachholtz, Neumünster 2010, 240 S., € 16,80.

„Kleine Geschichten“ haben Konjunktur. Verständlich geschrieben, kurz gefasst, ansprechend aufbereitet und preiswert zugleich sollen sie interessierten Lesern einen schnellen Überblick über ein unter Umständen recht komplexes Thema bieten. Eine solche „Kleine Geschichte“ hat nun Peter Wulf für Schleswig-Holsteins Banken von den Anfängen bis in

die Gegenwart vorgelegt. Dies ist umso verdienstvoller, als bislang überhaupt keine moderne Gesamtdarstellung zum Bankenwesen für diesen Raum existierte, und umso berechtigter, als der Verfasser das ausdrückliche Ziel verfolgt, sein Thema vor dem größeren Hintergrund der allgemeinen Wirtschafts- und Sozialgeschichte Schleswig-Holsteins zu entfalten. Auf eine kurze Einleitung (S. 9-13) folgt so ein einführendes Kapitel, in dem die wesentlichen Etappen der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung Schleswig-Holsteins im 19. und 20. Jahrhundert nachgezeichnet werden (S. 15-58). Wegen der lange Zeit zentralen Rolle als Markt für Realkredite wendet sich Wulf im folgenden Kapitel der Geschichte des so genannten Kieler Umschlags zu (S. 59-64), um darauf auf die Schleswig-Holsteinische Landschaft als Bodenkreditinstitut vornehmlich der schleswig-holsteinischen Ritterschaft und der adligen Klöster und den im deutschen Grenzland wirkenden Landschaftlichen Kreditverband sowie die Landschaftliche Bank Schleswig-Holstein zu sprechen zu kommen (S. 65-83). Es folgt ein Kapitel zur Schleswig-Holsteinischen Bank, deren Anfänge eng mit der Weidemast in den Nordseemarschen zusammenhängen, und zur Westholsteinischen Bank, welche 1943 zwangsweise mit ersterer fusioniert wurde und in der jüngeren Gegenwart den regionalen Bezug im Namen durch die neue Bezeichnung HypoVereinsbank verlor (S. 85-99). Dem nationalsozialistischen Versuch, das Bankenwesen stärkeren Regelungsmechanismen zu unterwerfen, geht Wulf im nächsten Kapitel nach, wobei er zum Schluss kommt, dass „die Einflussmöglichkeiten und die Beharrungskraft der alten Bankstrukturen“ sich dagegen zumindest teilweise zu behaupten wussten (S. 101-105). Im Anschluss verändert Wulf seine Perspektive und betrachtet nun die Bankengeschichte in den wichtigsten Städten Schleswig-Holsteins: am ausführlichsten die Kiels (S. 107-128), kürzer dann diejenigen von Flensburg (S. 129-137), von Lübeck (S. 139-151) sowie – vielleicht etwas zu kurz geronnen – von Altona (S. 153-156). Die beiden letzten großen Kapi-

tel sind wiederum der regionalen Perspektive verschrieben, indem es in ihnen einmal um die Sparkassen, den Sparkassen- und Giroverband als deren Zentralorgan und um die Landesbank Schleswig-Holstein (jetzt HSH Nordbank) (S. 157-181) beziehungsweise zum anderen um das genossenschaftliche Bankwesen in Form der Spar- und Darlehnskassen, der Landesgenossenschaftsbank sowie der Volksbanken (S. 182-202) geht. In einer Synthese führt Wulf schließlich die Ergebnisse seiner Darstellung nochmals prägnant zusammen (S. 203-208), bevor das Buch im eigentlichen Sinn durch die zum Haupttext gehörigen Endnoten, ein Abkürzungs- und ein weiter führendes Literaturverzeichnis abgeschlossen wird.

Peter Wulf ist eine anschauliche und das Leseinteresse sicherlich weckende Kurzdarstellung zur Geschichte der Banken in Schleswig-Holstein gelungen. Es wird sehr gut deutlich, dass Banken in der Geschichte Schleswig-Holsteins erst ab der Mitte des 19. Jahrhunderts eine Rolle zu spielen begannen. Es entstand ein kleinteiliges Bankensystem, das bis zum Ersten Weltkrieg im Wachstum begriffen war, dann vor allem im Zuge der Inflation und Weltwirtschaftskrise einen Rückschlag erlebte, um schließlich als Teil des Wirtschaftswunders zu einer neuerlichen Wachstumsbranche zu werden, die freilich einem immer stärkeren Konzentrationsprozess unterlag und nach wie vor unterliegt. Von Vorteil ist in jedem Falle die Einbettung der Bankengeschichte in den größeren wirtschafts- und sozialgeschichtlichen Kontext. Das Buch eignet sich gut zur passagenweise Lektüre, etwa wenn ein Leser sich speziell für die Geschichte der Kieler Banken interessiert, oder aber zur Lektüre im Ganzen, auch wenn es in diesem Falle wegen der bei jeder Bank eigentlich parallel verlaufenden Entwicklungsabschnitte seine gewissen Längen hat.

Wer freilich von Wulf eine Bankengeschichte bis zur Gegenwart erwartet, in der doch die Banken durch die Immobilien- und dann Eurokrise im besonderen und immer kritischeren Blickfeld der Öffentlichkeit stehen, wird bitter enttäuscht. Die Nachkriegszeit wird meist nur recht kurz im Telegrammstil

angerissen, die Jahre ab 2000 sind noch knapper gehalten. Ausdrücklich handelt es sich bei dem Buch um eine „*Organisationsgeschichte einzelner Banksparten wie auch Bankinstitute*“ (S. 12), die aus der Literatur erarbeitet, nicht aber aus archivalischen Quellen geschöpft ist. So leistet die ‚Kleine Bankgeschichte‘ auch nicht das, was man eigentlich heute von einer Bankgeschichte erhoffen darf: Aufschluss zu geben etwa über die womöglich unrühmliche Rolle von Banken bei der so genannten Arisierung jüdischen Vermögens – Wulfs Banken erscheinen zum Beispiel sehr stark in einer hinterfragbaren Opferrolle – oder weiter gehende Informationen zu vermitteln über die Funktionen der Banken als Arbeitgeber und Wirtschaftsfaktoren sowie als wichtige Säulen des kommunalen Kulturlebens (Ausstellungen, Stiftungstätigkeit usw.) oder einen tieferen Blick zu gewähren über die Repräsentationsformen des Bankwesens gerade in architektonischer Hinsicht. Bankgebäude von einst und heute prägen das Antlitz unserer Städte – nicht immer, aber häufig in gelungener Weise. Aber das alles würde eine ‚Kleine Geschichte‘ womöglich auch inhaltlich überfordern. Es zeigt gleichwohl, dass mit Peter Wulfs Veröffentlichung kein Abschluss, sondern nur ein Anfang zu einem spannenden Forschungsthema gemacht ist.

Kiel

Oliver Auge

(Prof. Dr. Oliver Auge, Abteilung für Regionalgeschichte mit Schwerpunkt Schleswig-Holstein, Christian-Albrechts-Universität, Olshausenstraße 40, D-24098 Kiel)

Tobias Straumann, Fixed Ideas of Money. Small States and Exchange Rate Regimes in Twentieth-Century Europe (Studies in Macroeconomic History). Cambridge University Press, Cambridge/New York 2010, 392 S., £ 45,-.

Manche Werke erscheinen einfach ein wenig zu früh. Dies dürfte sich derzeit auch der in Zürich und Basel wirkende Wirtschaftshistoriker

Tobias Straumann denken, der in der prestigeträchtigen Reihe ‚Studies in Macroeconomic History‘ seine Zürcher Habilitationsschrift über die Währungsgeschichte europäischer Kleinstaaten im 20. Jahrhundert vorgelegt hat. So wurde das Werk zu zeitig abgeschlossen, um die im Sommer 2011 für Aufsehen sorgende Entscheidung der Schweizerischen Nationalbank berücksichtigen zu können, durch Deviseninterventionen einen Mindestkurs des Euro gegenüber dem Schweizer Franken zu gewährleisten. Andererseits verleihen dieser Zufall und die unübersehbaren Parallelen zu den von Straumann im Detail besprochenen finanzpolitischen Problemen der Schweiz in den 1970er-Jahren dem Werk eine für den Autor umso erfreulichere tagespolitische Bedeutung, die noch zu der Aktualität hinzukommt, die sich aus der erhellenden Analyse historischer Banken Krisen ergibt.

Doch der Reihe nach: Straumanns Buch geht von dem oft beklagten Missstand aus, dass die Währungsgeschichte von Kleinstaaten im Vergleich zu derjenigen der großen Volkswirtschaften bedauernd dürrig erforscht ist, und schickt sich an, diese Staaten idiosynkratisch um ihrer selbst willen zu analysieren anstatt im Rahmen der reichlich vorhandenen globalen Erörterungen, in denen ihre Diskussion nur allzu leicht in den Schatten gedrängt wird. Es ist in diesem Zusammenhang auch wert zu erwähnen, dass Straumann auf das so oft verwendete, allerdings eine unvoreingenommene Diskussion eher behindernde Schlagwort von der ‚Peripherie‘ verzichtet. Seine Kernaussage lautet, dass die Kleinstaaten im Verlauf des Jahrhunderts dieselben währungspolitischen Entscheidungen zu treffen hatten wie die großen Volkswirtschaften, dabei aber von anderen Erwägungen geleitet waren, die vor allem das Timing von Regimewechseln entscheidend beeinflussten. Diese ‚Size matters‘-These mag trivial klingen, ist aber keineswegs unumstritten, wie der Abriss der bisherigen Literatur zeigt.

Der Band konzentriert sich geografisch auf Belgien, die Niederlande, die Schweiz, Österreich, Dänemark, Schweden und Norwegen

und chronologisch auf zwei zentrale Perioden währungspolitischen Wandels, die auch die beiden Hauptteile des Bandes bilden, nämlich einerseits die Zwischenkriegszeit bis hin zum endgültigen Scheitern der Versuche zur Wiedererrichtung des Goldstandards in den 1930er-Jahren sowie andererseits die Zeit nach dem Zusammenbruch des Bretton-Woods-Systems bis 2003, als Schweden den Beitritt zur Eurozone verweigerte. Durch diese Eingrenzung des Umfangs der Untersuchung entgehen Straumann zwar Themengebiete, deren Erörterung sicher interessant gewesen wäre, wie zum Beispiel das deutsch-schweizerische Clearingabkommen während der Zeit des Nationalsozialismus; doch kann man dem Autor keine Vorwürfe wegen dieser angemessenen Schwerpunktsetzung machen. Was Straumann bei seiner Erörterung der Art und Weise, wie sich Kleinstaaten währungspolitisch an größeren Volkswirtschaften anlehnten, leider ebenfalls unterlässt, ist eine Untersuchung der Frage, ob beziehungsweise inwieweit sich noch kleinere Volkswirtschaften an den besprochenen Kleinstaaten orientierten. So waren zumindest zwei der diskutierten Staaten (Niederlande und Belgien) während eines Teils der besprochenen Zeiträume Kolonialmächte mit überseeischen Besitzungen, deren Währungen vermutlich denen des Mutterlandes gefolgt haben dürften. Zudem war Belgien seit den Zwanzigerjahren in einer Wirtschafts- und Währungsunion mit Luxemburg verbunden, ähnlich wie die Schweiz mit Liechtenstein. Das Ausbleiben einer Erörterung Luxemburgs rechtfertigt der Autor in einer Fußnote mit dem Übergewicht Belgiens in dieser Union; aber diese Begründung ist angesichts der Bedeutung des Finanzplatzes Luxemburg jedenfalls ab den 1980er-Jahren nur eingeschränkt überzeugend. Des Weiteren sind die Gedanken, aus denen heraus große Ökonomien monetäre Orientierungspunkte für Kleinstaaten setzten, im Wege der Analogie vielleicht auch im Verhältnis von Kleinstaaten zu noch kleineren Staaten anwendbar, zumindest aber interessant; gleiches gilt für die Frage, inwieweit erstere in ihrer Währungspolitik auf letztere

Rücksicht nehmen. Solche Aspekte sind sicher nicht unverzichtbar für die von Straumann angegangene Themenstellung, ein Eingehen darauf wäre aber schön gewesen.

Bei seiner Untersuchung selbst geht der Autor in bester angelsächsischer Tradition vor, was sich nicht nur in einer kristallklaren Offenlegung der gedanklichen Struktur mit einleitenden und den Aufbau erläuternden Worten vor jedem Kapitel und zusammenfassenden Zwischenresümees niederschlägt, sondern bis hin zum Wortspiel im Titel reicht (für das er sich freilich im Vorwort entschuldigen zu müssen glaubt). Dieses Wortspiel deutet auch eine der zentralen Thesen an: Neben anderen Faktoren lag nach Straumann eine der wichtigsten Determinanten des währungspolitischen Handelns der Kleinstaaten in den ‚fixen Ideen‘ der Entscheidungsträger, den Vorstellungen, ein System floatender Wechselkurse sei für eine kleine, offene und verwundbare Volkswirtschaft ungeeignet. Ob diese Verwundbarkeit tatsächlich vorlag, ist für Straumann zweitrangig; maßgeblich ist die subjektive Wahrnehmung seitens der Entscheidungsträger. Diese sich durch das Werk hindurchziehende Differenzierung verleiht der Darstellung Struktur und bewahrt sie wirkungsvoll davor, in reine ökonomische Theorie ‚am grünen Tisch‘ einerseits oder in bloßes ungeordnetes Geschichten- und Anekdotenerzählen andererseits abzugleiten. Stattdessen hat der Autor ein erhebliches Volumen an quantitativen wie qualitativen Primär- und Sekundärquellen in die Hand genommen, für die er mehrere Sprachen neu erlernen musste, um sich nicht blindlings auf offizielle Verlautbarungen zu verlassen, sondern, soweit möglich, die wahre Motivation für Regimewechsel zu ergründen. Dabei wahrt er stets Objektivität; er macht sich weder die keynesianisch-estatistische Herangehensweise an Wirtschaftspolitik zu eigen noch die fiskalisch-geldpolitische Orthodoxie der Monetaristen, sondern versucht unparteiisch zu enthüllen, aus welchen Erwägungen heraus die Entscheidungsträger

das taten, was sie taten, und warum gerade zu einer bestimmten Zeit.

Die größte Stärke des Werkes liegt aber in seiner sehr sorgfältigen Argumentation. Straumann deckt widersprechende Hypothesen auf, sammelt akribisch Belege, mit denen er seine eigenen Positionen stützt, und entkräftet zugleich Schritt für Schritt antizipierte Gegenargumente. Dabei scheut er nicht davor zurück, verbleibende Schwachstellen seiner eigenen Thesen offen einzuräumen. Dies, in Kombination mit der Tatsache, dass Straumann keine monokausalen, alles zu erklären suchenden ‚Weltformeln‘ aufstellt, sondern nach Zeit, Land und Umständen differenzierende Faktoren präsentiert, verleiht dem Buch und den darin aufgestellten Thesen eine starke Überzeugungskraft. Besonders deutlich zeigt sich dies an dem vom Autor so genannten „*problem of double difference*“: Abweichungen von Staaten mit unterschiedlichen Währungspolitiken in mehr als einem möglicherweise relevanten Umstand, was die Suche nach den maßgeblichen Explanans verdunkelt. Wenn es auch stellenweise nicht ganz einfach ist, den Überblick über die besprochenen historischen Vorgänge zu behalten, da Straumann bei seiner Darstellung analytisch statt chronologisch vorgeht und daher dieselben Ereignisse gelegentlich in unterschiedlichen Kontexten mehrfach schildert, so darf doch sein gründliches argumentatives Vorgehen als methodisch vorbildlich bezeichnet werden.

Angeichts dieser Stärke wäre es unangemessen kleinlich, dem Band die vereinzelt vorhandenen typografischen Fehler und Inkonsistenzen oder handwerkliche Patzer wie eine im Text zitierte, im Literaturverzeichnis aber nicht aufgeführte Quelle als nennenswerte Schwäche anzulasten. Es handelt sich alles in allem um ein Buch, das für jeden an der jüngeren europäischen Finanzgeschichte Interessierten wertvoll sein wird – nicht nur, weil ein bislang wenig bearbeitetes Thema umfassend dargestellt wird, sondern auch deshalb, weil es die in den derzeitigen Diskussionen so beliebten pauschalen Schuldzuweisungen für währungspolitische Umwälzungen

unterlässt und an ihre Stelle eine nüchterne, unvoreingenommene und sorgfältige Suche nach begründeten Erklärungen setzt.

Frankfurt am Main Andreas Witte

(Andreas Witte MJur, MSc (Oxford), Deutsche Bundesbank, AW 30-7, Postfach 10 06 02, D-60431 Frankfurt am Main. Für die im Artikel vertretenen Ansichten ist allein der Autor verantwortlich. Sie müssen nicht notwendigerweise denen der Deutschen Bundesbank entsprechen.)

Geoffrey D. Wood / Terence C. Mills / Nicholas F. R. Crafts (Eds.), *Monetary and Banking History. Essays in Honour of Forrest Capie* (Routledge International Studies in Money and Banking 62). London / New York 2011, 316 S., £ 80,-.

Forrest Capie ist einer der bedeutendsten britischen Wirtschaftshistoriker seiner Generation. Zusammen mit Alan Webber publizierte er 1985 die ‚Monetary History of the United Kingdom‘, die heute noch als Standardwerk verwendet wird. 2010 erschien sein Buch über die Geschichte der Bank of England von den 1950er-Jahren bis 1979, geschrieben im Auftrag der Bank of England im Anschluss an die früheren Bände von John Clapham, Richard Sayers und John Fforde.¹ Anlässlich der Publikation von Capies Buch über die Bank of England haben Geoffrey Wood, Terence C. Mills und Nicholas Crafts ein Buch mit Aufsätzen zu Ehren ihres Kollegen herausgegeben.

Die zwölf Aufsätze, geschrieben von renommierten Wirtschaftshistorikern, bieten ausnahmslos interessante Anregungen zur Finanz- und Währungsgeschichte, welche die Herausgeber unter vier Themen zusammengefasst haben: Forschung und Geschichtsschrei-

bung, Management von Finanzkrisen, Geld und Zinsen sowie ökonomische Integration und ihre Implikationen. Der amtierende Gouverneur der Bank of England, Mervyn King, hat ein Vorwort beigezeichnet. Der Band endet mit Forrest Capies eindrucklicher Publikationsliste.

Die ersten beiden Texte von Charles E. Goodhart und Barry Eichengreen fokussieren auf die Geschichtsschreibung (‚writing history‘). Goodhart, ein ehemaliges Mitglied des Monetary Policy Committee der Bank of England, vergleicht die früheren Bände zur Geschichte der Bank of England und kommt zum Schluss, dass eine moderne Darstellung noch geleistet werden muss. Diesem Urteil können alle, die sich mit britischer Geldpolitik auseinandergesetzt haben, nur zustimmen. Capies neuestes Werk markiert diesbezüglich auch in seiner Darstellungsform eine neue Ära. Eichengreen gibt einen Überblick über die neuesten Forschungen, die nicht nur für Wirtschaftshistoriker, die sich in dieses Gebiet einarbeiten wollen, wertvolle Orientierungshilfe bietet, sondern auch für die Spezialisten eine Fülle von Ideen für künftige Projekte gibt. Die Auswahl der Literatur ist selektiv, wie er selber eingesteht, aber thematisch sehr breit. Eichengreen sieht eine klare Tendenz hin zu einem besseren Verständnis der Wechselwirkungen zwischen der Politik der Zentralbank und den Finanzmärkten, während diese beiden Bereiche zuvor oft getrennt untersucht wurden.

Der zweite Teil des Bandes versammelt Beiträge zum Thema Krisenmanagement. Mae Baker und Michael Collins geben einen Einblick in die Funktionsweise des englischen Geldmarktes in den 1830er-Jahren, einem Jahrzehnt, das in der Finanzgeschichte durch die doppelte Finanzkrise von 1837/39 hervorsticht und seit langem viele Historiker angezogen hat. Anhand der privaten Korrespondenz zwischen einem Londoner und einem Liverpools Bankier zeigen die Autoren, wie das Handelszentrum Liverpool nur dank engen persönlichen Kontakten zum Finanzplatz London ausreichend mit Kredit versorgt werden konnte. Die lokalen Sparguthaben bildeten

1 Forrest Capie / Alan Webber, *A Monetary History of the United Kingdom, 1870-1982*. London 1985; Forrest Capie, *The Bank of England, 1950s to 1979* (Studies in Macroeconomic History). Cambridge 2010.

eine gute Basis, aber konnten die Leistungen des Londoner Diskontmarktes nicht ersetzen. Vertrauen und Zuverlässigkeit waren entscheidend für das Funktionieren eines überregionalen Kreditsystems.

Eugene N. White untersucht die Rolle der französischen Zentralbank als Lender of Last Resort im späten 19. Jahrhundert. White zeigt überzeugend, dass die Banque de France erst mit der Zeit gemerkt hat, wie sie Finanzkrisen erfolgreich eindämmen kann, ohne den Moral Hazard zu erhöhen. Beim Krach von 1896 gab sie nur denjenigen Börsenbrokern, die solide Wertpapiere als Deckung vorweisen konnten, Liquiditätshilfen, während sie die übrigen Brokerhäuser fallen ließ. Interessant ist auch Whites Beobachtung, dass die Forward-Kontrakte bereits damals eine enorme Rolle bei der Verstärkung der Finanzkrisen spielten.

Charles Calomiris gibt einen weit gespannten Überblick über die Finanzkrisen in den USA von 1790 bis 1933 sowie die Stabilisierungspolitik der Bank of England im 19. Jahrhundert und verknüpft diese historischen Erfahrungen mit der Finanzkrise von 2007-09. Sein wichtigstes Anliegen ist es, zu zeigen, dass Zentralbanken durchaus die Möglichkeit haben, das Problem des Moral Hazard durch geschicktes Agieren zu minimieren. 1866 entschied die Bank of England, die Bank Overend, Gurney & Co. fallen zu lassen. England hat in der Tat seit jener Zeit bis zur jüngsten Finanzkrise, als die Hypothekbank Northern Rock gerettet wurde, keine größere Bankenkrise mehr erlitten.

Den dritten Teil, der sich mit Geld- und Zinsgeschichte befasst, eröffnen Peter Basile, John Landon-Lane und Hugh Rockoff mit ihrem Beitrag zur Frage, ob sich die USA in den 1930er-Jahren in einer Liquiditätsfalle befanden. Im Unterschied zu den damaligen amerikanischen Keynesianern vertreten sie die Meinung, dass diese Falle nicht vorlag. Ihr Argument ist, dass nur die Zinsen der kurzfristigen Staatsanleihen nahe beim Nullpunkt verharrten, während die Zinsen von Unternehmensanleihen und Hypothekenzinssätzen durchaus variabel waren und auf die Geldpo-

litik reagierten. Die Frage der Liquiditätsfalle ist damit aber noch nicht endgültig beantwortet, wie die Autoren selber einräumen.

Terence Mills und Geoffrey Wood geben einen langfristigen Überblick über die Entwicklung der britischen Zinsen, der geldpolitischen Regime und der Inflationsraten. Sie konstatieren, dass nur die Inflationsraten vom geldpolitischen Regime abhingen, nicht aber die langfristigen Nominalzinsen, und sie bestätigen, dass der klassische Goldstandard, der in England von 1820 bis 1914 vorherrschte, für besonders stabile monetäre Verhältnisse gesorgt habe. Die Schocks hätten immer nur eine vorübergehende Wirkung auf das Preisniveau gehabt, während unter allen anderen geldpolitischen Regimes die Preisentwicklung nicht um ein zugrunde liegendes Gleichgewicht fluktuiert habe. Die Schocks hätten also jeweils eine permanente Veränderung des Preisniveaus bewirkt. Diese Einsicht ist nicht neu, aber in besonders guter Weise abgestützt.

Alec Crystal und Paul Mizen testen den Zusammenhang zwischen den Geldaggregaten, dem Preisniveau und dem realen Bruttoinlandsprodukt (BIP) von 1920 bis 2008. Zu ihrer Überraschung finden sie einen klaren Zusammenhang zwischen der Geldnachfrage und dem Wirtschaftswachstum, wie es die Monetaristen immer postuliert haben. Die Überraschung rührt daher, dass es seit rund 20 Jahren unter den meisten Ökonomen und Zentralbankgouverneuren als ausgemacht gilt, dass die Geldaggregate unzuverlässige Indikatoren sind. Crystal und Mizen sind allerdings vorsichtig in ihren Schlussfolgerungen und setzen ein Fragezeichen im Titel ihres Beitrags („*monetary aggregates restored?*“).

Im vierten Teil befassen sich Michael Bordo, Lars Jonung und Agnieszka Markiewicz sowie Harold James mit der Geschichte der Europäischen Währungsunion. Bordo, Jonung und Markiewicz versuchen die Frage zu beantworten, ob die Eurozone eine Fiskalunion benötigen, um das Überleben der gemeinsamen Währung zu gewährleisten. Ihre Antwort ist mehrteilig: Erstens brauche der Euro in der Tat eine Fiskalunion, die aber zweitens nicht

umfassend sein müsse wie in einem Nationalstaat, sondern sie sei mit dem Wachstums- und Stabilitätspakt bereits verwirklicht, und drittens funktioniere diese Art von Fiskalunion nur, wenn die ‚No Bailout‘-Klausel auch wirklich eingehalten werde und keine Zentralisierung der Fiskalpolitik stattfinde. Die jüngsten Ereignisse in der Eurozone sind jedoch wenig geeignet, diese Antwort zu validieren. Der Wachstums- und Stabilitätspakt hat in der Krise nicht gehalten, sodass die Frage der Fiskalunion ganz neu überdacht werden muss, sofern die Eurozone überhaupt noch Zeit für institutionelle Veränderungen hat.

Harold James erzählt die faszinierende Geschichte der Entstehung der Europäischen Zentralbank aus einem neuen Blickwinkel. Während die konventionellen Darstellungen auf die großen Länder und die politischen Akteure fokussieren, zeigt James, wie entscheidend der Wille zu einer besseren Koordination unter den Zentralbanken war. Die Welt der flexiblen Wechselkurse, die nach dem Zusammenbruch von Bretton Woods 1973 begann, nährte den Wunsch, neue Formen der monetären Zusammenarbeit in Westeuropa zu finden. Der Idealismus, der die europäische Integration beseelt habe, sei demgegenüber sekundär gewesen.

Stephen Broadberry und Nicholas Crafts untersuchen den Zusammenhang zwischen Offenheit und Produktivitätswachstum am Beispiel der britischen Wirtschaft von 1870 bis 1990. Sie leisten damit einen wichtigen Beitrag zur Debatte um den relativen Abstieg der britischen Wirtschaft im 20. Jahrhundert. Sie beobachten, dass Großbritanniens Landwirtschaft und Industrie nach 1945 hauptsächlich unter den Anpassungskosten litten, die der Übergang von der Kriegszeit in die Friedenszeit und vom Commonwealth zu den europäischen Märkten verursachte. Erst mit dem dramatischen Verbesserungen in der Industrie in den 1980er-Jahren, die in einem Umfeld der Globalisierung stattfanden, und dem starken Wachstum des Dienstleistungssektors habe die britische Wirtschaft die Phase der Stagnation überwinden können.

Der letzte Beitrag des Bandes, geschrieben von Nicholas Crafts und Terence Mills, nimmt dasselbe Thema auf und bestätigt auf andere Weise den schädlichen Einfluss protektionistischer Maßnahmen auf die Produktivität der britischen Wirtschaft. Die beiden Autoren kommen außerdem zum Schluss, dass der verstärkte internationale Wettbewerb seit den 1970er-Jahren weniger auf die Senkung der Transportkosten denn auf die Liberalisierungsbemühungen des GATT und den Eintritt Grossbritanniens in die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft zurückzuführen sei.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die alten Themen der Wirtschaftsgeschichte, die Forrest Capie intensiv bearbeitet hat, immer wieder neu untersucht werden können. Die Geschichte von Finanzkrisen, die sich verändernde Wirksamkeit der Geldpolitik in unterschiedlichen historischen Perioden, die Entwicklung der Währungsregime und die Wirkungen von Globalisierung und Protektionismus im 19. und 20. Jahrhundert geben genügend Stoff für weitere Untersuchungen. Die Essays zu Ehren von Forrest Capie geben uns eine willkommene Standortbestimmung in turbulenten Zeiten.

Zürich

Tobias Straumann

(PD Dr. Tobias Straumann, UZH – University of Zurich, Department of Economics, Economic History, Zürichbergstrasse 14, CH-8032 Zürich)

Matthias Schmelzer, Freiheit für Wechselkurse und Kapital. Die Ursprünge neoliberaler Währungspolitik und die Mont Pèlerin Society. Metropolis-Verlag, Marburg 2010, 256 S., € 22,89.

Auch wenn die Fachvertreter dies bisweilen suggerieren, so sind doch ökonomische wissenschaftliche Erkenntnisse – so wie jede wissenschaftliche Erkenntnis – nicht wertfrei. Sie werden geprägt durch ein politisches und gesellschaftliches Umfeld, wirtschaftliche Konjunkturen und politische Debatten. Dies lässt sich am Beispiel der Währungspolitik sehr

deutlich zeigen. Noch im 19. Jahrhundert wurden die leidenschaftlichen Debatten in der sich entwickelnden wissenschaftlichen Ökonomie darüber geführt, ob nun ein Goldstandard, ein Silberstandard oder ein aus beiden Metallen bestehender bimetallistischer Standard vorzuziehen sei. Die herrschende Meinung unter Ökonomen der Zwischenkriegszeit war, dass der Goldstandard das beste internationale Währungssystem sei, weshalb auch die meisten dafür plädierten, den währungspolitischen Status quo vor 1914 wieder herzustellen. In den 1950er-Jahren entstand eine neue Debatte. Eine zunächst kleine, dann aber rasch an Einfluss gewinnende Gruppe von Ökonomen plädierte dafür, die Währungen an gar keinen (Metall- oder Waren-) Standard zu binden. Stattdessen sollten sich die Wechselkurse auf Märkten ohne staatliche Intervention frei bilden. Diese Vorstellung, die den meisten Ökonomen und Finanzpolitikern in den 1950er-Jahren noch als abenteuerlich erschien, setzte sich dann in den 1960er- und 1970er-Jahren innerhalb der westlichen Welt langsam als herrschende Lehre und dann auch teilweise als konkrete Politik durch. Freie Wechselkurse und freier Kapitalverkehr galten nun als optimale Voraussetzung für ein effizientes internationales Währungssystem.

Es stellt sich die Frage, wie sich solche Paradigmenwechsel vollziehen, wer sie initiiert, wer sie umsetzt und aus welchen Motiven. Matthias Schmelzer stellt in seiner Studie die Mont-Pèlerin-Gesellschaft als einen der entscheidenden Akteure in diesem Prozess heraus. Seine zentrale These lautet, dass die Mont-Pèlerin-Gesellschaft eine epistemische Gemeinschaft im Sinne von Peter Haas bildete, die seit 1947 gezielt an einer Umsetzung der neoliberalen Wirtschaftslehre gearbeitet habe. Der Neoliberalismus entstand in den 1930er-Jahren als Wirtschaftslehre, die vor allem eine Reaktion auf die Weltwirtschaftskrise 1929-32 war. Die zentrale Aussage war, dass der klassische Liberalismus die hohe Effizienz freier Märkte zwar richtig erkannt habe. Gleichwohl müssten Märkte geschützt werden, gegen Monopole und gegen politische Interventionen.

Dies sei die wesentliche Aufgabe des Staates, der einen rechtlichen und politischen Rahmen schaffen müsse, der die Freiheit der Märkte garantiert. Der Neoliberalismus hat viele Wurzeln, unter den wichtigsten waren Fritz Machlup, Friedrich August von Hayek und Ludwig von Mises.

In währungspolitischer Hinsicht waren die meisten der frühen Neoliberalen, wie sie sich selbst in Abgrenzung zum Altliberalismus des 19. Jahrhunderts nannten, Anhänger des Goldstandards. Seit den 1950er-Jahren setzte sich innerhalb der Neoliberalen allerdings langsam die Vorstellung durch, dass freie Wechselkurse ohne Metallbindung dem neoliberalen Gesamtsystem angemessener seien. Eine wichtige Rolle in diesen Debatten nahm Milton Friedman ein, der diese These auch theoretisch zu untermauern versuchte. Wichtiger war aber ihre Popularisierung, das heißt, die Durchsetzung in den öffentlichen Debatten der Medien und der Politik. Auf breiter Literaturliteraturbasis vermag Matthias Schmelzer zu zeigen, wie die Mont-Pèlerin-Gesellschaft die währungspolitischen Ideen Friedmans popularisierte. Sie vereinigte nicht nur Fachökonomien (alle oben genannten Ökonomen waren Mitglieder), sondern auch Journalisten und Politiker. Auf den regelmäßig stattfindenden Kongressen der Gesellschaft wurden die Ideen diskutiert und weitergetragen, sodass sie, als das flexible Festkurssystem von Bretton Woods Anfang der 1970er-Jahre zusammenbrach, als Lösung bereitstanden. Insbesondere die US-amerikanischen Regierungen unter Richard Nixon und Ronald Reagan setzten sich für frei flotierende Währungen ein. Dies, so die These von Schmelzer, wäre ohne die Aktivität der Mont-Pèlerin-Gesellschaft nicht geschehen.

Die Arbeit von Matthias Schmelzer ist verdienstvoll, weil sie auf die politische und gesellschaftliche Bedingtheit ökonomischer Theorien hinweist und dies gut begründen kann. Sehr detailliert zeigt der Autor, mit welchen Instrumenten die Gesellschaft arbeitete und den währungspolitischen Paradigmenwechsel einleitete. Und doch stellt sich die Frage, ob der Autor die Mont-Pèlerin-Gesellschaft nicht

in ihrer Bedeutung überschätzt. Zweifellos handelte es sich um den Kern einer epistemischen Gemeinschaft, zweifellos waren ihre Protagonisten sehr einflussreich. Allerdings gab es auch andere, etwa keynesianisch geprägte internationale Netzwerke, die ebenfalls nicht einflusslos waren. Zudem setzte sich die Idee der frei floatenden Währungen nach dem Zusammenbruch des Bretton Woods-Systems zwar in den USA, nicht aber in Europa durch. Mit dem Ende des Dollar-Systems entstanden in Westeuropa zunächst mit der Währungsschlange, dann mit dem Europäischen Währungssystem (1979) und schließlich mit der Währungsunion neue, politisch gesteuerte Währungssysteme, die nicht nach den Vorstellungen des Neoliberalismus gestaltet waren.

Cergy-Pontoise Guido Thiemeyer

(PD Dr. Guido Thiemeyer, Professeur d'histoire contemporaine, Université de Cergy Pontoise (Paris), Département de Géographie et Histoire, 33, boulevard du port, Site de Chenes 2, F-95011 Cergy-Pontoise CEDEX, France)

Werner Plumpe, Wirtschaftskrisen. Geschichte und Gegenwart (Beck'sche Reihe 2701). C. H. Beck, München 2010, 128 S., € 8,95.

Perioden ökonomischen Abschwungs sind Hochzeiten der Wirtschaftsgeschichte; insofern ist letztere ein antizyklisches Fachgebiet. Dies zeigt sich unter anderem in der Zahl von Publikationen zu Krisen und Abschwüngen der letzten Jahre. Der vorliegende Band von Werner Plumpe, Professor für Wirtschaftsgeschichte an der Goethe-Universität Frankfurt am Main, reiht sich in diesen Veröffentlichungszyklus ein und unterliegt daher zunächst dem Verdacht, auf einer Modewelle zu reiten und wenig Neues zu bieten. Für bestimmte Lesergruppen ist das Buch aber sehr zu empfehlen.

Der geringe Umfang des Werkes von 128 Seiten und der im Klappentext formulierte Anspruch, lediglich einen einführenden Überblick zu wollen, zeigen auch gleich, dass der

Autor keinen Beitrag an der aktuellen Forschungsgrenze im Sinn hatte, sondern ein breiteres Publikum ansprechen möchte. Es gilt aber dennoch zu fragen, ob und wie ihm dies gelingt, liegt die Schwierigkeit einer solchen Aufgabe doch gerade in der mengenmäßigen Beschränkung und der Verständlichkeit der Sprache. Zudem muss auch geklärt werden, ob der Band Studierenden einer Veranstaltung ‚Einführung in die Wirtschaftsgeschichte‘ nahegelegt werden kann. Daneben könnte man auch noch klären, inwieweit der Autor sich inhaltlich positioniert. Hier zeigt sich, dass er seine Agenda mit Nachdruck vertritt, nämlich herauszustellen, dass Krisen ein unabdingbarer Teil des Kapitalismus sind und wirtschaftspolitische Gegenmaßnahmen daher nur bedingt sinnvoll sein können.

Zunächst lässt sich sagen, dass es dem Autor sehr gut gelingt, Schwerpunkte zu setzen und sehr flüssig, aber auch sachlich zu schreiben. Er konzentriert sich auf die folgenden Themen: Die 115 Seiten Text teilen sich auf in eine 19-seitige Einführung nebst Theorieüberblick, einen 16 Seiten langen Teil zum vorindustriellen Europa, 29 Seiten zum 19. Jahrhundert in Deutschland, 21 Seiten zur ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts und noch einmal neun Seiten zum Nachkriegsdeutschland. Dem folgen 21 Seiten zur Globalisierung seit den 1980er-Jahren sowie ein Fazit.

Räumlich konzentriert sich der Autor vor allem in den Kapiteln zum 20. Jahrhundert vielleicht etwas zu sehr auf Deutschland, wenn man bedenkt, dass Titel und Klappentext eine räumliche Einordnung nicht vornehmen. Der essayistische Stil des Buches spiegelt sich auch in seiner Ausstattung wieder: Keine Tabellen, keine Fußnoten, ein schmales Glossar und eine Auswahlbibliografie, die also nicht den Anspruch hat, die verwendete Literatur vollständig aufzulisten, sondern nur Anregungen zum Weiterlesen enthält. Die einzige Grafik ist die Wachstumsrate des realen Bruttoinlandsproduktes für Deutschland in den Jahren 1851 bis 2002 und enthält leider einen Fehler: Die Beschriftungen der Datenpunkte 1947 und 1945 sind in der Reihenfolge vertauscht.

Was das Werk lesenswert macht, sind sowohl seine gekonnten Passagen über die Theorie der Konjunkturzyklen als auch die historischen Reflexionen. Die Stärke der Prosa liegt dabei vor allem im Aufzeigen von Zusammenhängen, im Zusammenraffen und in der vergleichenden Vorstellung von Theoriegebäuden. Der Anspruch und die Kürze des Werks verhindern es zwar, einzelne Theorien zu vertiefen, dafür erhält der Leser aber eine gute und – soweit möglich – vollständige Vorstellung dessen, was die Makroökonomik heutzutage über Konjunkturkrisen weiß.

Wertvoll ist auch das Kapitel über vorindustrielle Krisen, das zum Beispiel in einfachen Worten, aber sehr differenziert erklärt, wie sich Schwankungen von Agrarpreisen auf die landwirtschaftliche Bevölkerung auswirken. Geschickt werden hier theoretische Konzepte wie etwa malthusianische Zusammenhänge mit historischen Beschreibungen beispielsweise der Kartoffelfäule 1846/47 verbunden.

Ebenso erhellend ist die Darstellung und Diskussion von historischen Vorkommnissen der ‚Spekulation‘. Um sich diesem schildernden und schwer zu fassenden Begriff zu nähern, schildert Werner Plumpe Ereignisse wie die holländische Tulpenmanie im 17. Jahrhundert oder die Machenschaften des John Law in Frankreich und England Anfang des 18. Jahrhunderts. Dabei wird unter anderem klar, dass ‚Spekulanten‘ nicht nur skrupellose Geschäftemacher, sondern auch Kleinanleger sein können, die sich für eine begrenzte Zeit dem Rausch des Profits hingeben. In dieser Hinsicht kann Plumpe Beitrag zu einer Versachlichung der Debatte beitragen. Er weist darauf hin, dass die Spekulation in einer Volkswirtschaft nicht gänzlich vermieden werden kann, die auf die Finanzierung von Großprojekten mit ungewissem Ausgang angewiesen ist, räumt aber auch ein, dass eine Begrenzung von spekulativen Tendenzen geboten ist.

Eine weitere Leistung der Arbeit besteht im Aufzeigen der Zusammenhänge zwischen Finanzkrisen und realen Abschwüngen. Plumpe arbeitet heraus, dass mit dem Übergang zur kapitalintensiven Produktion und erhöhtem

Handel im 19. Jahrhundert der Finanzierungsbedarf stieg und damit die Übertragungsmöglichkeiten zwischen dem Finanzsektor und der Realwirtschaft. Auch hier zeigt sich deutlich, welche wichtigen Antworten die Wirtschaftsgeschichte in Zeiten der Unsicherheit und Ratlosigkeit über ökonomische Phänomene bereithalten kann.

Das Lob zu diesen beiden Abschnitten ließe sich auch auf die anderen Teile des Buches ausweiten. In allen Kapiteln sind die historischen Debatten, sofern möglich und nötig, wiedergegeben und es wird die Balance zwischen Übersichtlichkeit und Detailtreue gewahrt. Allenfalls die Diskussion der deutschen Wirtschaftspolitik in der Nachkriegszeit lässt durch ihren Faktenreichtum vermuten, dass sie dem Autor besonders am Herzen liegt und stärker hätte gerafft werden können, aber das fällt kaum ins Gewicht, umso weniger als das nachfolgende Kapitel zur Globalisierung außerordentlich gelungen ist. Hier wird der notwendige internationale Blickwinkel gewählt, es wird auf das Verhältnis zwischen China und den USA eingegangen, die Liberalisierungen der 1990er-Jahre werden eingebunden, und schließlich erfolgt eine knappe Zusammenfassung der jüngsten Finanz- und Wirtschaftskrise, die sowohl historisch reflektiert als auch mit so viel Augenmaß beschrieben wird, dass sie selbst zwei Jahre nach Erscheinen des Buches noch nicht von der Wirklichkeit überholt worden ist.

Wem kann man das Buch empfehlen? Im nichtwissenschaftlichen Bereich uneingeschränkt allen Interessierten, und zwar wärmstens, da das Buch flüssig geschrieben ist, inhaltlich ausgewogen und auf dem aktuellen Stand. Für Studierende der Wirtschaftsgeschichte ist es wegen der mageren Ausstattung weniger geeignet: Gerade Erstsemestern sollte wissenschaftlicher Stil zugemutet werden, und sie sollten Gelegenheit haben, allen Fakten und Literaturverweisen nachzugehen. Schließlich könnten sie durch Tabellen und Grafiken auch die Gelegenheit erhalten, das Gelesene durch eigene Arbeit zu vertiefen. Dies ist mit dem vorliegenden Band nicht möglich.

Ans Herz legen sollte man das Buch aber Studierenden der Volkswirtschaftslehre, gerade denjenigen, die sich in einer betont quantitativen Ausbildung befinden. Die Erfahrung zeigt doch, dass vielen bei der starken Formalisierung des Studiums heutzutage der Transfer und die Bewertung des Gelernten schwer fällt. Das Buch von Werner Plumpe kann hier eine klaffende Lücke füllen.

Münster

Martin Uebele

(Dr. Martin Uebele, Juniorprofessor für Quantitative Makroökonomik und Wirtschaftsgeschichte, Westfälische Wilhelms-Universität Münster, Institut für Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Domplatz 20-22, D-48143 Münster)

Christopher Houghton Budd, *Finance at the Threshold. Rethinking the Real and Financial Economies*. Gower, Farnham 2011, 239 S., £ 65,-.

Die Finanzkrise hat das vorläufige Ende eines Irrwegs erreicht. Nicht nur Querdenker wie Christopher Houghton Budd haben erkannt, dass es sich um eine Sackgasse handelt. Eilig sind sich vom Mainstream in Wissenschaft und Politik abweichende unabhängige Denker darin, dass nur eine Umkehr aus der Sackgasse führt. Während sich ihre Analysen ähneln, unterscheiden sich die Lösungsansätze teilweise diametral. Das mag der exemplarische Hinweis auf drei unterschiedliche monetäre ‚Schulen‘ andeuten: Anhänger von Friedrich August von Hayek (Wettbewerbswährungen), von Silvio Gesell (Freigeld) und von Rudolf Steiner. Ursache ist das divergierende Verständnis von Ökonomik im Allgemeinen und Geldtheorie im Besonderen.

Der selbstständige britische Wirtschaftshistoriker Christopher Houghton Budd hat eine durchweg unkonventionell anmutende Analyse und Therapie der Finanzkrise vorgelegt. Das ist wesentlich seinem methodischen Ansatz geschuldet: ‚Assoziative Ökonomik‘. Methodischer und inhaltlicher Bezugspunkt sind seine langjährigen Studien von Beiträgen des

Anthroposophen Rudolf Steiner zur Ökonomie.

In 13 Kapiteln, die in vier Teile gegliedert sind, analysiert der Direktor des Centre for Associative Economics zunächst die Finanzkrise bis zum Jahr 2009, in dem die Studie abgeschlossen wurde. Nach dieser knappen Hälfte des Bandes schließt sich die Beschreibung der Gesellschaftskonzeption und monetären Analyse von Rudolf Steiner an. Der dritte Teil umfasst insbesondere Überlegungen zur Entwicklung des Finanzsystems im 20. Jahrhundert und der Keynes-Friedman-Kontroverse. Daraus abgeleitet wird im Schlussteil ein methodisch-inhaltlicher Ausweg aus der Krise von Ökonomie und Finanzsystem.

Sprache, Gedankenführung und vielfache Inkompatibilität mit herkömmlicher Ökonomie machen den assoziativen Ansatz kaum intuitiv verständlich. In Anbetracht dessen lassen sich folgende zentrale Aussagen machen: Die Weltwirtschaft stelle inzwischen eine ökonomische Einheit dar. (Seit) 2007 stehe die Welt an einer Schwelle: volkswirtschaftlich das Finanzsystem, betriebswirtschaftlich die Unternehmensführung insbesondere im Finanzsektor, schließlich grundsätzlich die Wirtschaftswissenschaft in methodischer und epistemologischer Hinsicht. Die Finanzkrise sei eine Krise überschüssigen Kapitals. Können Kapital auch an etwas anderes gebunden werden als Immobilien und Aktienmärkte, fragt Christopher Houghton Budd, ohne dass es zu einem globalen Zusammenbruch der Wirtschaft komme. Als Lösung sieht er eine Art Umverteilung an die junge Generation vor – auf zweierlei Weise: ‚Super-produktive Vermögenswerte‘ wie Schulen und ‚hyper-produktive Vermögenswerte‘ wie Bildung. Der erforderliche Ideenwandel werde eine Generation der Umerziehung benötigen. Erforderlich sei zudem eine Weltwährung und eine neue Art der Kostenrechnung. Dazu sei eine Trennung von Geld, das Güter repräsentiert, und Geld, das Kreativität und dergleichen repräsentiert (das eigentliche Kapital), erforderlich. Zu viel Kapital gehe mit zu viel unausgesprochenen Bestrebungen im sozialen Leben einher. So-

lange diese Verbindung nicht erkannt werde, suche sich Kapital stattdessen Immobilien als Anlage. Die Lösung, die erwähnte Bindung an die Jugend, erfordere nicht nur Bildung, sondern auch eine andere Erfahrung im Umgang mit und ein gewandeltes Verständnis von Geld, etwa durch entsprechende Angebote von Bankkonten.

Christopher Houghton Budd konstatiert zu Beginn von Kapitel 7: „*For whatever reason, Rudolf Steiner's ideas enjoyed little oder no reception*“ (S. 153). Die Gründe für die Ablehnung liegen auf der Hand. Sie lassen sich auf die bekannte Formel bringen, dass das, was gut ist, nicht neu ist, und das was neu ist, nicht gut. Verdeutlichen kann das eine wissenschaftliche Position, die sich klar vom herrschenden neoklassisch-keynesianischen Mainstream unterscheidet, die Österreichische Schule der Ökonomie. Dann wird deutlich, dass Ökonomie nicht erst mit Adam Smith beginnt (S. XV), sondern mit den spanischen Scholastikern gut zwei Jahrhunderte zuvor. Auch die Überschrift von Kapitel 1 ‚Why Nobody saw it coming‘ trifft nicht zu: Zahlreiche Ökonomen, darunter viele ‚Österreicher‘, haben teilweise Jahre vor Ausbruch der Krise gewarnt und wurden dafür kritisiert. Schließlich ist die den gesamten Band durchziehende Kritik an der Neoklassik zwar wohlfeil, aber hinlänglich bekannt.

Irritierend wirkt der wiederholt benutzte widersprüchliche Argumentationsstil: Zunächst wird beispielsweise die Arbeitswertlehre zurecht kritisiert, anschließend aber en passant rehabilitiert, wenn der Wert von Kultur nicht durch den Markt, sondern die Produktivität der Inspiration oder die Erleichterung vom Stress bestimmt werden soll (S. 115).

Geschichtswissenschaftlich zweifelhaft ist die unter dem Eindruck der Ereignisse vorgenommene Zäsur: Das Jahr 2007 mag als Schwellenjahr erscheinen, wenn auch zentrale Krisenursachen bis in die Siebzigerjahre zurückreichen (Community Reinvestment Act), aber 2009 markiert gerade nicht das Ende der Finanzkrise, sondern nur ein künstliches Zwischenhoch infolge der Politik billigen Geldes und umfangreicher Konjunkturprogramme.

Die anschließende aktuelle zweite Phase der Schuldenkrise wurde ebenfalls von ‚Österreichern‘ prognostiziert.

Vor diesem Hintergrund erscheinen wirtschaftswissenschaftliche Zweifel angebracht, dass die eigentliche Ursache, nämlich das staatliche Geldmonopol mit den Zentralbanken und ihrem ‚Transmissionsriemen‘, den Geschäftsbanken, die Kreditgeld schöpfen, die von Christopher Houghton Budd verfolgte Lösung auf globaler Ebene sein kann – zumindest nicht in Form eines Fiat Money-Standards. Nicht nachvollziehbar erscheint, warum Geld kein Gut sein soll und wieso Preise eine separates Aggregat bilden sollen (S. 102 f.). Hier zeigen sich grundsätzliche Missverständnisse über die Funktionsweise einer Marktwirtschaft, die als ein dynamischer Prozess von Entdeckungen und Entscheidungen verstanden werden kann, nicht aber als Vehikel für Sonderinteressengruppen wie die Jugend.

An dieser Stelle offenbart sich die folgenreichere Allianz zwischen assoziativer Ökonomie und Keynesianismus: das Denken in Aggregaten und die Machbarkeit einer Wirtschaft. Zwar fordert der Steiner-Forscher eine Metamorphose des Kapitalismus, „*that [...] has to pass through the individual's own awareness and behaviour*“ (S. 55). Aber der Einzelne und seine handlungsleitenden Bedürfnisse fehlen in dem unkonventionellen Ansatz ebenso wie die zentrale Rolle des Unternehmers.

Ein Manko assoziativer Methoden ist ihre eklektizistische Beliebig- und Vieldeutigkeit. Ein Paradebeispiel ist Oswald Spengler. Was bedeutet es, wenn der moderne Kapitalismus als adoleszente Phase der Entwicklung (S. 55) beschrieben wird oder Finance der Entwicklung unserer Kultur voraus sei (S. 84)? Gravierender ist jedoch der abschließende Einwand: Ein assoziatives „*Rethinking the Real and Financial Economics*“ trägt entgegen bekundeter bester Absichten kollektivistische und etatistische Züge. Die Ideen des Experten müssten nur gehört werden, damit es der Menschheit besser geht. Zugleich bleibt jedoch das zentrale ‚Coordination Problem‘

(Israel Kirzner) allen Wirtschaftens ungelöst. Welche Folgen hat ein solcher Denkansatz für Konsumenten und Investoren: Die Funktion von Geld müsse „fortwährend korrigiert werden“, Geld dürfe nicht in einer wilden, ungeführten Weise benutzt werden und es müsse „Intelligenz in den Prozess“ gebracht werden, wenn in einer Volkswirtschaft eine desaströse Punkt erreicht werde „hinsichtlich eines Preises einer oder einer anderen Sache, die benötigt wird“ (alles Rudolf Steiner, S. 87). Diese Therapie führt in wohlmeinender Absicht vielleicht aus der Sackgasse, droht aber in einem ‚langen Marsch‘ und einem Kulturkampf zu münden.

Berlin Michael von Prollius

(Dr. Michael von Prollius, Marinesteig 34, D-14129 Berlin)

Nouriel Roubini / Stephen Mihm, Das Ende der Weltwirtschaft und ihre Zukunft. Crisis Economics. Campus Verlag, Frankfurt am Main / New York 2011, 470 S., € 24,90.

Die Euphorie war verfrüht. Fünf Jahre nach ihrem Ausbruch ist die schwerste Finanz- und Wirtschaftskrise der Nachkriegszeit noch nicht überwunden. Im Gegenteil: Die Maßnahmen – erst zur Bankenrettung, dann zur Konjunkturstimulierung und nun zur Rettung der PIIGS-Staaten – haben die Staatsverschuldung international an den Rand der Tragfähigkeit geführt. Die Demonstrationen in Athen, Madrid, London und Rom zeigen, dass aus der Banken- und Wirtschaftskrise längst auch eine Währungs- und Politikkrise geworden ist.

Die sich wieder verschärfende Krise ist ein guter Grund, das Buch von Roubini und Mihm zur Hand zu nehmen. Nouriel Roubini, Wirtschaftsprofessor an der Stern School of Business der New York University und zugleich Gründer des Beratungsunternehmens RGE Monitor, wird weltweit als einer derjenigen gefeiert, die sehr frühzeitig (nämlich schon

im Jahre 2006) öffentlich vor dem Aufziehen der Krise warnten. Für das vorliegende Buch hat er mit Stephen Mihm einen Co-Autor gefunden, der als Journalist für renommierte Zeitungen über ökonomische und historische Themen schreibt und Associate Professor für Geschichte an der University of Georgia ist.

Wie so oft sagt der Originaltitel mehr über das Buch als der deutsche Titel: ‚Crisis Economics. A Crash Course in the Future of Finance‘. Im Kern steht die Ökonomie von Finanzkrisen und die beiden Autoren vertreten die These, dass „Krisen keinesfalls die Ausnahme sind, sondern die Regel.“ Zu diesem Zweck lassen sie die derzeitige Krise in ihren unterschiedlichen Phasen Revue passieren und spiegeln diese an vergangenen Krisen. Diese haben ihrer Ansicht nach zwar immer wieder unterschiedliche Ursachen, folgen jedoch stets einem „vertrauten Drehbuch“, bei dem sich spekulationsgetriebene Blasen in Zeiten kostengünstigen Fremdkapitals aufblähen. Krisen seien demnach nicht der berühmte „Schwarze Schwan“ (Nassim Nicholas Taleb), sondern „weiße Schwäne“.

Als ‚Vorbau‘ der Krisenanalyse klopfen Roubini und Mihm unterschiedliche Theoriegebäude auf ihren Beitrag zur Erklärung von Störungen des (finanz-)kapitalistischen Systems ab – von Keynes und in der Folge von Minsky bis zu Schumpeter. Sehr pragmatisch entscheiden sie sich nicht für nur eine Theorierichtung, sondern fordern insbesondere bei der Krisenbekämpfung eine Kombination aus keynesschen Maßnahmen in der kurzen und solchen der österreichischen Schule in der langen Frist.

Über gut 100 Seiten hinweg werden dann noch einmal die wesentlichen Ursachen, Auslöser und Etappen der Krise zwischen 2007 und 2010 beleuchtet. Dabei greifen die Autoren unter den Überschriften ‚Verschiebung der Plattentektonik‘, ‚Anarchie‘, ‚Pandemie‘ die zentralen Punkte auf. Zurecht widmen sie sich besonders intensiv der Verbriefung, gehebelten Finanzprodukten, Schattenbanken und Vergütungsstrukturen mit Fehlanreizen. Positiv fällt aber auch auf, dass nicht nur Aspekte

des Markt-, sondern auch des Politikversagens thematisiert werden.

Bei den beiden folgenden Kapiteln stehen die Rettungsbemühungen der Staaten im Mittelpunkt, die (im Verein mit anderen strukturellen Schwächen sowohl der USA als auch vor allem südeuropäischer Länder) Ursache der derzeitigen Staatsschuldenkrise sind. Diese wird bis in das Frühjahr 2010, dem Erscheinungsdatum der Originalausgabe, behandelt. Dies ist einerseits bedauerlich, weil dadurch eine Analyse der aktuellen Diskussion über die Zukunft des Euroraums unterbleibt. Andererseits ist es bemerkenswert, wie klar Roubini und Mihm bereits vor über zwei Jahren die Entwicklung der gravierenden Probleme zum Beispiel von Griechenland und des Dilemmas der Zentralbanken zwischen stabilitätsorientierter Geldpolitik und Krisenhilfe zur Systemstabilisierung beschrieben haben.

In den nächsten zwei Kapiteln stellen die Autoren dann die Frage nach den – vor allem regulatorischen – Konsequenzen der Krise. Bei den gemachten Vorschlägen muss man allerdings erneut auf das Entstehungsjahr des Buches verweisen. Viele der geforderten Veränderungen sind bereits erfolgt oder zumindest in Regulierungsentwürfe gekleidet – so in Punkto Managergehälter, Selbstbehalt und höhere Transparenz bei Verbriefungen, Regulierung der Rating-Agenturen, Derivatehandel über Börsenplattformen, Konzentration der Aufsichtsinstanzen, Fokussierung der Prüfprozesse und Restrukturierungsregime für Banken.

Auch die für Basel III vorgeschlagenen schärferen Eigenkapital- und Liquiditätsregeln zeichnen sich ab. In diesem Punkt sowie der als „radikaler Schnitt“ angemahnten „Rückkehr zum Glass-Steagall Act“ bleiben die Autoren aber viel zu sehr an der Oberfläche. Sie geben tendenziell populäre Argumente wieder und lassen Gegenpositionen meist unberücksichtigt. So muss man mit Blick auf Basel III etwa fragen, ob eine pauschale Anhebung des Risikoträgers unter Ausblendung der von einer Bank eingegangenen Risiken tatsächlich die richtige Krisenkonsequenz ist. Auch ist

zu diskutieren, inwiefern die traditionellen Geschäftsmodelle der Kreditwirtschaft noch tragfähig sind, wenn zudem über die neuen Liquiditätsregeln die Fristentransformation deutlich eingeschränkt wird. Und im Hinblick auf das geforderte Trennbankensystem ist nicht nur auf die Schwierigkeiten hinzuweisen, Retail- und Investmentbanking sauber voneinander zu separieren (man denke nur an die auch bei kleineren Banken üblichen Derivatekonstruktionen im Risikomanagement), sondern auch darauf, dass eine solche Struktur der Kreditwirtschaft die schwere Krise der US-amerikanischen Saving and Loans in der 1980er-Jahren nicht verhindern konnte.

Positiv heben sich davon die letzten knapp 100 Seiten ab, in denen die Autoren auf die weltwirtschaftlichen Ungleichgewichte und die Schritte zu ihrer Bekämpfung eingehen. Hier ist die Analyse abgewogener und differenzierter und reicht bis an den Rand der aktuellen Krisenphase heran. – Das abschließende Literaturverzeichnis bietet einen guten Überblick zentraler Quellen.

Das Buch von Roubini und Mihm besteht demnach aus einem ersten Teil der Krisenanalyse/-darstellung und einem zweiten Teil der Suche nach der Zukunft der Finanzindustrie und sinnvollen Rahmenbedingungen hierfür. Im ersten Teil werden die Autoren dem von ihnen angekündigten ‚Crashkurs‘ am ehesten gerecht. Obwohl die meisten Fakten bekannt sind, werden sie zwar plakativ, aber anschaulich präsentiert („Nicht die Schrotthypotheken waren an der Krise schuld, sondern das Schrottsystem“). Allerdings ist die Übersetzung an manchen Stellen holprig und zu sehr bemüht, auch fest stehende Fachbegriffe einzudeutschen. Störend wirkt es auch, wenn das Eigenlob für die ‚seherischen‘ Fähigkeiten Roubinis gar zu oft auftaucht.

Im zweiten Teil bleiben die regulatorischen Vorschläge der Autoren jedoch ein bunter Strauß, dem ein klareres Theoriefundament Ordnung und Systematik hätte geben können. Mit Blick auf die zukünftige Entwicklung des Finanzsektors wirken die Autoren, so meinungsfreudig sie sich ansonsten präsentieren,

eher unentschieden. Einerseits vertreten sie die These: „*Krisen lassen sich nicht abschaffen. Sie können aber gemanagt und gemildert werden.*“ Andererseits warnen sie – dem Spitznamen Roubinis ‚Dr. Doom‘ (‚Dr. Untergang‘) folgend – davor, „*dass uns [...] ein Zeitalter der großen Instabilität bevorsteht.*“

Das Buch ist ein Gewinn für Leser, die sich einen eher leicht verdaulichen Überblick über das bisherige Krisengeschehen im Sinne eines ‚Zwischenfazits‘ verschaffen wollen. Das versprochene Zukunftsbild ‚Future of Finance‘ erschließt sich dagegen nur schemenhaft.

Bochum

Stephan Paul

(Prof. Dr. Stephan Paul, Ruhr-Universität Bochum, Fakultät für Wirtschaftswissenschaft, Lehrstuhl für Finanzierung und Kreditwirtschaft, Universitätsstraße 150, D-44801 Bochum)

Bankhistorisches Archiv, 38. Jahrgang, Heft 1/2012
© Franz Steiner Verlag, Stuttgart